

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Rotonette
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Anträge für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Vernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 14. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Vernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Unruhen in Barcelona und die spanisch-socialistische Arbeiterpartei.

Wie erst kürzlich die Madrider Tumulte, so versuchen nun die kapitalistischen Blätter auch die Vorgänge in Barcelona wieder als Folgen sogenannter „socialistischer Umtriebe“ hinzustellen. Nach ihrer Angabe soll die socialistische Mäifeier an den Barcelonaer Unruhen schuld sein, da sie die leicht erregbare Bevölkerung zum „Berrungenieren“ aufgestachelte hätte.

Wichtig, daß einzelne Verfasser derartiger Nachrichten selbst ihr Geschreibsel glauben. Es giebt allerdings manchen Zeitungskorrespondenten, der in Madrid sitzend, mit liberalen, konserverativen oder liberalen Parteihäuptern mehr oder weniger eng liiert, alle politischen Vorkommnisse durch deren Parteilinse sieht, speciell was den besonderen Charakter der spanisch-socialistischen und -anarchistischen Bewegung und die zwischen beiden bestehenden Gegensätze anbetrifft.

Seine Richtung nach hat der spanische Anarchismus wenig mit dem deutschen oder französischen kommunistischen Anarchismus zu thun; er ist gewissermaßen pozentrierter revolutionärer Liberalismus. Die früheren theoretischen Anklänge an Bakunin und Proudhon sind im Laufe der letzten Zeit mehr und mehr in den Hintergrund getreten; die ökonomischen Theorien überhaupt zu einer reinen Nebensache geworden, während allerlei politisch-revolutionäre, richtiger vielleicht revolutionistische Tendenzen die Oberhand gewonnen haben.

Zu den Forderungen der Anarchisten, die übrigens in den verschiedenen Gegenden selbst wieder ein verschiedenes Gesicht zeigen, gehört die völlige Autonomie der Gemeinden und Landschaften, keine Centralisation. Dadurch stehen sie den separatistischen bezw. den national-partikularistischen Bestrebungen nahe, die vornehmlich in Katalonien weite Ausdehnung genommen haben und die in ihrer radikalen Richtung auf die Loslösung Kataloniens mit Hilfe Frankreichs von Spanien und Begründung einer selbständigen katalonischen Republik hinauslaufen.

Die socialistische Arbeiterpartei steht diesem Separatismus ziemlich feindlich gegenüber. Weniger aus dem Grunde, weil sie im eigentlichen Sinne „centralistisch“ gesinnt ist, sondern weil die aus der separatistischen Bewegung entsprungenen Eifersüchteleien zwischen Kataloniern, Aragonesen, Kastiliern etc., in manchen Gegenden fast noch einen heftigeren Charakter angenommen haben, wie der Nationalitätenstreit in Oesterreich, und diese nationalen Streitigkeiten auch die Arbeiterkreise ergriffen haben, und dadurch die Ausbreitung des Socialismus hindern.

Nach weit erbitterter ist jedoch der Kampf zwischen den Socialisten und Anarchisten; denn die letzteren betrachten als nächste Aufgabe „die Vorbereitung von Revolutionen“ (d. h. von Aufständen) und verwerfen jede Beteiligung an der Befehgebung, überhaupt jegliche Teilnahme an irgend einer Wahl. Dagegen perhorreszieren die Socialisten jede Revolutionsmacherei und verlangen dort, wo es irgend möglich ist, Beteiligung an den Cortes- und Kommunalwahlen: Bestrebungen, für welche die Anarchisten nichts als Hohn haben. Ihnen gilt alles „Parlamenteln“ als Zeitverschwendung, jeder socialistische Führer als Volksbetrüger. Auch die Mäifeier betrachten sie als Volksbetrug, da durch diese die Arbeiter zu dem Glauben veranlaßt würden, es gäbe auf legalem Wege irgend etwas Wesentliches zu erreichen. Wiederholt haben deshalb schon früher die Anarchisten die socialistische Mäifeier zu stören oder Gegendemonstrationen zu veranstalten gesucht.

So auch diesmal in Barcelona, wo das Verhältnis zwischen Socialisten und Anarchisten seit jeher ein gespanntes gewesen ist, und zudem das Eintreten der Socialisten in die Wahlagitation und die Aufstellung der drei Genossen Antonio Garcia Quejido, José Comaposada und Toribio Reoyo als socialistische Kandidaten noch ganz besonders den Haß der Anarchisten aufgestachelte hat. Die letzteren veranstalteten also ein Gegen-Meeting, auf dem die socialistische Mäifeier als blöder Humbug verspottet und der Generalsstreik gefordert wurde. Es kommt zwischen Socialisten und sie verhöhrenden Anarchisten zu Reibereien, in die sich

ein Teil der streikenden Straßenbahn-Angestellten hineinmischte, die Polizei greift in provozierender Weise ein, und der Anlaß zu den folgenden Straftumulten ist gegeben, besonders da sich sofort die Separatisten angelegen sein lassen, die Erregung zu schüren. Ihnen paßte es vortrefflich in ihre Taktik, kurz vor den Corteswahlen dem Sagastischen Kabinett Unbequemlichkeiten zu bereiten. Kennzeichnend für die Stimmung, welche die Masse beherrschte, ist, daß die Tumultuanten meist unter dem separatistischen Geschrei: „Nieder mit Spanien! Hoch Katalonien!“ ihre Streiche ausführten.

Den Socialisten sind die Unruhen nichts weniger als gelegen gekommen, denn diese verschärfen noch die Gegensätze zwischen den Arbeitern und hindern, da der Belagerungszustand über Barcelona verhängt worden ist, die Wahlagitation. Ebenso wenig passen der Regierung die Barcelonaer Vorkommnisse. Das Sagastische Kabinett sucht jetzt vor den Wahlen, um die schwankenden freisinnigen Elemente für sich einzufangen, den Anschein zu erwecken, als sei es ihm Ernst mit seiner Versicherung, ein wirklich liberales Regiment zu führen, und durch diese Taktik machen die Vorgänge in der größten Handelsstadt des Reiches, das Verhalten der Polizei, die Requirierung folgender Regimenter, die Verhängung des Belagerungszustands einen dicken Strich.

Von einer socialistischen Anzettelung der Barcelonaer Tumulte zu reden, ist eine Verleumdung. Wie die Socialisten über die anarchischen Anstifter jener Unruhe denken, mögen folgende Auszüge aus einem „Mantecatos!“ (Narren) überschriebenen Artikel des Centralorgans der spanischen Genossen zeigen:

„Narren! Es würde unehrlich sein, wollten wir die Anarchisten anders nennen. Intolerante Fanatiker, die, das Herz voller kleinlichem Haß und armseliger Rachsucht, unfähig einen Gegner zu respektieren und noch weniger, der Redlichkeit fremder Ansichten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, nur Verachtung und völliges Unbeachtelbleiben verdienen, wenn ihre unheilvollen Reden nur nicht die Massen der Arbeiter in Gefahr brächten, wenn sie uns nur nicht belästigen wollten, wie Moskitos oder Wanzen.“

Ihre Unfähigkeit in Barcelona und Zaragoza sind nichts als ein Wutgestammel, als der Krampf einer Impotenz, die sich der Kraft verlustig fühlt. . . .

Nichts werden sie, diese Libertarios, mit ihrem Vorgehen erreichen; sie vermögen nur neue Gefahren heraus zu beschwören, welche es auf jede Weise zu vermeiden gilt.“

Man mag den Stil dieser Strafpredigt schon finden oder nicht; jedenfalls beweist sie, daß zwischen Socialisten und Anarchisten in Spanien die schärfsten Gegensätze bestehen, und daß die socialistische Arbeiterpartei die von den Anarchisten und Separatisten bald hier, bald dort angezettelten größeren oder kleineren Putsche, die, ohne das geringste zu nützen, jedesmal eine Anzahl Tumultuanten schwerer Strafe überantworten, energisch verurteilt.

Barcelona, 12. Mai. Ruhe und Ordnung sind wiederhergestellt; der größte Teil der Ausländigen hat die Arbeit zu den alten Arbeitsbedingungen wieder aufgenommen. Die verhafteten Ausländigen sind freigelassen worden. Die Präventivcensur für die Zeitungen ist aufgehoben worden; jedoch verbot der Generallapitan den Wählern, über den Ausstand zu schreiben. Es sind abermals Verhaftungen von Anarchisten vorgenommen worden.

An Bord des „Pelajo“ befinden sich noch 33 Personen, die infolge der Unruhen verhaftet wurden; die Untersuchung gegen sie ist im Gange.

Madrid, 12. Mai. Dem Vernehmen nach ist die Regierung geneigt, die Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien zu bewilligen, und hat deshalb die Ansicht der Behörden in Barcelona nachgefragt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Mai.

Fusel in Halle.

Der Reichstag wies am Montag ein überraschendes Bild auf. Kopf an Kopf saßen die Volksvertreter an ihren Plätzen. Wie in den Heinge-Zagen sah man wieder Gestalten, deren Anblick sonst selbst dem eifrigsten Tribünenbesucher versagt bleibt. Das Centrum hatte aus der bairischen Gochebene und den Waldgegenden Oberschwabens seine Reserven und die konservativen Junker hatten aus Osteliens lortoffelbauenden Besitzern ihren Landsturm herangezogen. Kalt es doch, ehe der Reichstag auf längere Zeit seine Pforten schließt, noch rasch ein weiteres Kapitel der agrarischen Liebesgaben-Politik abzuschließen. Die Aussicht einer neuen Liebesgabe bedeutet für die Junker höchste Diäten und bewirkt schleunige Beschlußfähigkeit.

Die Branntweinsteuer-Vorlage der Regierung läßt sich vor Thoreschluß nicht mehr erledigen. Da aber die Brennsteuer am 1. Oktober dieses Jahres abläuft, haben die Interessenten in aller Eile sich verständigt, und ein Gesetz zurecht gemacht, das sie unter Aufsicht aller ihrer Kräfte und aller ihrer Mannschaften und unter Wahrung der Verschlässe des Senatoren-Konvents in Windeseile noch in zwölfter Stunde durchzupfeifen wünschen. Sie haben die Brennsteuer, die von den Konsumenten und nicht wie die Junker behaupten, von den Brennern getragen wird, um 50 Proz. erhöht; und außerdem eine starke Beschränkung des Kontingents für die neu zu errichtenden Brennereien vorgesehen, um so das Aufkommen einer leistungsfähigen Konkurrenz zu erschweren und dem Spiritustringe die Durchführung seiner monopolistischen Pläne zu erleichtern.

Unsre Fraktion sowie die beiden freisinnigen Gruppen widerlegten sich dem Vorgehen der Spiritusinteressenten nach Kräften. Genosse Burm und die Freisinnigen Fischbed, Richter und Dr. Paschke enthielten die brutale Interessengefährdung der Fusel-Mehrheit in ihrer ganzen Radikalität. Was die Branntwein-Rebner, die Wangenheim, Kardorff, Lucke und Paasche dagegen vordrängten, war mehr als schwach und nichts als eine Wiederholung ihrer Redensarten aus der ersten Lesung. Aber die Liebesgabenpolitiker hatten die Mehrheit und machten Gebrauch von ihr. Die Kontingentsherabsetzung für die neuen Brennereien wurde mit großer, die Erhöhung der Brennsteuer mit etwas geringerer Mehrheit angenommen. Im zweiten Fall stimmten mit der Minderheit auch einige Centrumsabgeordnete.

Sehr schnell wurde der letzte Punkt der Tagesordnung, die dritte Lesung der Gewerbebergerichts-Novelle, erledigt. In der Generaldiskussion gab der berühmte Heilbrunner Bürgermeister Hegelmaier die Erklärung ab, daß die Reichspartei gegen die Vorlage stimmen würde. Es ist die Angst vor der Socialdemokratie, die diesmal in der lomischen Form austrat, daß in dem Gewerbegericht Klassenjustiz geübt würde. In der Gesamt-Abstimmung wurde die Novelle mit großer Mehrheit angenommen. Außer der Reichspartei stimmte auch ein Teil der Deutschkonservativen gegen den Entwurf.

Einige Schwierigkeiten machte die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung. Graf Vallestrom schlägt vor, schon Dienstag die dritte Lesung der Branntweinsteuer-Vorlage vorzunehmen. Genosse Singer widersprach; und nach der Geschäftsordnung genügt der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten, um zu verhindern, daß eine dritte Lesung vor Ablauf von 24 Stunden nach der zweiten vorgenommen werde. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde schließlich die Sitzung auf Mittwoch 9 Uhr morgens anberaumt. Hauptgegenstand der Tagesordnung ist die dritte Lesung der Branntweinsteuer-Vorlage; außerdem sind die noch ausstehenden dritten Lesungen angesetzt.

Deutsches Reich.

Finanzklemme — Viersteuer?

Der Garantievertrag wegen der oafrikani-schen Centralbahn von Dar-es-Salaam nach Mogoro ist von der Budgetkommission am Montag mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen worden, entsprechend den Vorschlägen der Subkommission, wonach jetzt das in diesem Unternehmen anzulegende Kapital nur bis zur Höhe von 22 Millionen Mark mit drei Prozent zu verginsen ist, während in der Regierungsvorlage 24 Millionen standen. Während der Centrumsabg. Prinz Arenberg die Vorschläge der Subkommission befürwortete, erklärte der Centrums-Abgeordnete Müller-Judla, er möchte sich jetzt nicht mit Verschläffen festlegen bezüglich der Eisenbahnen in Ostafrika. Angesichts der verschlechterten Finanzlage des Reichs und der geplanten neuen Steuern müsse jede neue Ausgabe besonders kritisch geprüft werden. Der bayrische Bundesrats-Bevollmächtigte, Frhr. v. Stengel, gab zu, daß die Balancierung des Reichsetats für 1902 Schwierigkeiten machen werde.

Oberbürgermeister Delbrück in Danzig, der mit Berliner Regierungskreisen Fühlung hat, hat bei der Debatte in der Danziger Stadtverordneten-Versammlung über die Einführung einer kommunalen Viersteuer die Erledigung dieser Frage als sehr dringlich bezeichnet, weil bei der demnächstigen Einführung einer neuen Reichsteuer es sonst sehr schwer sein würde, einen Kommunalsteuer-Zuschlag in der beabsichtigten Höhe genehmigt zu erhalten. Wörtlich äußerte er nach der „Danziger Zeitung“:

„Es sind wiederholt Gerüchte aufgetaucht über das Vorbestehen einer Reichs-Viersteuer. Die Presse hat dies zwar als außer dem Bereich der Möglichkeit stehend bezeichnet, aber nach meinen Informationen ist dies nicht der Fall. Wenn wir nun warten, bis dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt am 26. November eine Reichs-Viersteuer vorgelegt wird, dann werden wir uns schwer diese Steuer sichern können, jedenfalls unsere Position sehr verschlechtern.“

Verschlechterung der Fabrikinspektoren-Verichte.

Nun hat sich die Befürchtung also doch bestätigt, die vor einigen Wochen von uns ausgesprochen worden ist: der neueste Jahresbericht des badischen Fabrikinspektors Wörrißhofer, der bisher mit Recht wegen seiner Objektivität und seines tiefen Eindringens in die Verhältnisse des gewerblichen Lebens besonders hoch geschätzt wurde, hat bei seiner Bearbeitung für die deutsche Sammelausgabe im Reichsamt des Innern viel von seinem früheren Werte eingebüßt. Auf das seit Jahren gewohnte Verdienst, mit seinem Bericht jeweils zuerst auf dem Plan zu sein, mußte Herr Wörrißhofer diesmal wohl oder übel verzichten. Aber auch inhaltlich ist seine Veröffentlichung gegen früher auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Mit Bedauern vermist man z. B. das früher stets mit besonderer Sorgfalt behandelte Kapitel über Ursachen, Umfang und Verlauf der Streiks, in dem Regierungsrat Wörrißhofer mit wohlthuernder Objektivität die kulturelle Bedeutung der Arbeiterorganisationen hervorzuheben und den Kampf des Proletariats um bessere Existenzbedingungen den Verdächtigungen der Schorfmacher gegenüber zu rechtfertigen pflegte. Seine diesbezüglichen Ausführungen dienten seiner Zeit der Arbeiter-schaft in der Protestbewegung gegen die Justizhausvorlage als besonders wertvolle Waffe; es ist deshalb bezeichnend, daß gerade dieses Kapitel des Wörrißhofferischen Jahresberichts am schwersten durch die Herausgabe der Verichte seitens des Reichsamts des Innern zu leiden hatte. Trotz dieser bedauerlichen Kürzungen und Verschümmelungen bietet die Veröffentlichung des Leiters der

Wadischen Beobachtung immer noch eine Fülle interessanter Materials zur Beurteilung der sozialen und gewerblichen Verhältnisse des Landes.

Offizielle Dauerhaftigkeit. Herr Schweinburg überlebte schon manchen Minister, der ihn mit seinen Geheimnissen beehrte, er überlebte auch seinen verwollten Nachfolger Johannes v. Miquel. Die „National-Zeitung“ gab letzter Tage ihrem Erfassen Ausdruck, daß die „Offiziellität“ der Berliner Politischen Nachrichten durch den Ministerwechsel dem Anschein nach nicht beeinträchtigt worden ist. Aber die „National-Zeitung“ mag wissen, daß ein Schweinburg nicht nur mit einem Minister pflegt. Herr Schweinburg bereichert sich nach wie vor aus der ministeriellen Nachrichtenquelle. Die „Nat.-Ztg.“ kann sich überzeugen, daß der Diebstahl aus Wahren fast tägliche Morgensuche in jenem Hause der Wilhelmstraße abfattet, wo Graf Posadowsky seine wohlwollenden Tränken braut.

Die allerglorreichste Regierung. Das neue Offizierkassino in Konstantin trug ursprünglich die Inschrift: „Imperatore Guillelmo II. gloriosissime regnante aedificatum“, d. h. erbaut unter der allerglorreichsten Regierung Kaiser Wilhelm II. Mächtig ist diese Inschrift aber weggemeißelt worden.

Vermutlich ist dem Baumeister noch rechtzeitig eingeschlagen, daß die Regierung von Baden eigentlich der Großherzog ist.

Der neue Handelsminister und die Vätermeister. Die Ernennung des Abg. Müller, der sich wiederholt gegen den Maximal-Arbeitstag im allgemeinen und die Väterreueordnung im besonderen ausgesprochen hat, zum Handelsminister, wollen die Vätermeister zu einem erneuten Ansturm gegen die Bundesratsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit im Vätererwerb beizugehen. Sie wollen den bevorstehenden Verbandstag des Centralverbandes deutscher Vätervereine zu einer großen Protestkundgebung veranlassen und hoffen von dem neuen Handelsminister die Abschaffung oder Abänderung der Verordnung zu erlangen. Gleichzeitig soll auch gegen die sogenannte neue Väterreueverordnung, die geplanten hygienischen Vorschriften für Erziehung und Betrieb von Vätererben protestiert werden. Bezüglich des Streikabnehmer-Fonds hat das Reichsamt des Innern, entgegen der Vorentscheidung des Berliner Polizeipräsidiums, die zwingende Einziehung von Beiträgen von den einzelnen Innungen für unzulässig erklärt, sich aber im Prinzip für die Gründung eines solchen Fonds ausgesprochen. Der Centralverband beschloß daraufhin, eine Kasse zur Unterstützung bezw. Schadloshaltung durch Streiks geschädigter Kollegen auf freiwilliger Basis, unter Zugrundelegung eines besonderen Nebenstatuts, einzurichten. Das Statut soll vom Vorstand ausgearbeitet und dem nächsten Verbandstage zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden.

Die Ernennung eines Centralverbändlers zum preussischen Minister entfesselt die ausschweifendsten Hoffnungen aller Socialreaktionäre.

Der Führer. Die Agrarier haben ihrem Miquel zwar niemals getraut, aber zu seinen Regierungszeiten ihn eifrig gehäffelt. Als gelegentlich der Beamtenmaßregelungen vorübergehend eine Trübung des zärtlichen Verhältnisses eingetreten war, waren dann nach Behebung der „Missverständnisse“ die agrarischen Lieblingen ihres Ministers um so wärmer. Jetzt, wo Miquel gestürzt ist, lassen die Agrarier die Larve der wohlberechneten Freundschaft fallen und mit grimmem Hohn schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ gegenüber der Miquel-treuen „Staatsbürger-Zeitung“:

„Glaubt das naive Blatt tatsächlich selbst, daß Herr v. Miquel unsren Forderungen zum Siege verholfen haben würde, und daß er, wenn er die Wahl zwischen seinem Amte und der Durchführung agrarischer Forderungen gehabt hätte, sich für die letzteren entschieden haben würde? Wir glauben's nicht und Herr v. Miquel glaubt es sicher selber nicht.“

Das ist die Freundschaft der Stützen der Autorität! Wenn kein Geschäft mehr mit der Vöthuberei zu machen ist — erfolgt der Führer, der wenigstens vor den Freundschaftsbeteuerungen den Vorzug hat, daß er ehrlich gemeint ist.

Wofür wir den großen Chinapump gemacht haben, erfahren wir aus einem Artikel des Centralblatts für die Gesamtinteressen der deutschen Pferde - Rennen „Der Sporn“. Der Artikel berichtet ausführlich über die Frühjahrs-Rennen in Peking, die am 23. März d. J. dort abgehalten wurden. Es heißt daselbst:

„Zur Pflege jeder Art von Sport hat sich in diesem Monat hier der Peking Reiter-Verein gebildet. Derselbe zählt schon jetzt 120 Mitglieder; er ist international und steht unter dem Ehrenvorsitz des Herrn Generalfeldmarschall Grafen Waldersee.“

Die Leitung des Vereins liegt in den Händen eines Komitees, welchem folgende Herren angehören:

- General v. Throta, Vorsitzender,
- Major v. Kronhelm, stellv. Vorsitzender und Schatzmeister,
- Hauptmann v. Sandrott, Stellvertreter,
- Hauptmann v. Blootnick, Schriftführer,
- Hauptmann v. Reichenstein, Technische Kommission,
- Mittmeister Graf v. Wagnis, Jagdreit-Kommission,
- Hauptmann Schmidt, Schießkommission.

Die einzelnen Kommissionen sind noch durch eine Anzahl Herren verstärkt.

Der Verein hält wöchentlich zwei Jagden ab, die sehr starke Beteiligung finden. Es ist hier aber auch ein Gelände, das jedes Reiterherz entzückt. Bald wird jedoch diese Freude wohl aufhören, da die Chinesen jetzt anfangen, die Felder zu bestellen. Und da wir ja bekanntlich uns nicht im „Kriege“ befinden, wird es wohl auch hier bald heißen: „Flurschaden darf nicht gemacht werden!“ — Dann aber schönes Reiten.

Es ist ja sehr erfreulich, daß dem Weltgeneralissimus in Ermangelung einer anderen Thätigkeit das Ehrenpräsidium des Peking Reiter-Vereins übertragen worden ist, allein es will uns bedünken, als ob eine derartige Pflege des edlen Reimsports dem deutschen Steuereinzahler ein wenig zu kostspielig käme. Und da das zu einer so idealen Reimbahn zusammengestampfte Ackerlande von den rechtschaffenen Langgäulen leider wieder unter den Pflug genommen wird und Flurschaden nicht gemacht werden darf, ist damit hoffentlich auch vom Gesichtspunkt unserer ostasiatischen Sportbegeisterten aus endlich der Zeitpunkt herangekommen, den Peking Reiter-Verein aufzulösen und sich wieder nach den heimischen Reimplätzen einzuschiffen.

Aus Baden schreibt man uns: Die Organisation des badischen Lehrersandes ist nun 25 Jahre alt geworden und hat die Erfahrung gemacht, daß mit der Einigkeit und wachsenden Energie auch die Erfolge des Kampfes sich einstellen. Vor kurzer Zeit — erst am Schlusse der vorjährigen Kammeression — gelang es der Lehrerschaft, zu erreichen, daß sowohl die Vollvertretung als auch die Regierung die längst erhobenen Forderungen der Lehrerschaft nach Unterstellung unter das Beamtengejetz als berechtigt anerkennen mußten. Mit Recht betont ein Jubiläumskomitee aus Lehrertreffen, daß vor allem die veränderte politische Konstellation in der zweiten Kammer, das Erstarken der von Haus aus sozial- und lehrerfreundlichen Parteien der Linken (Demokraten und Socialdemokraten) das Gewissen der Nationalliberalen geschärft hat, und daß die Fesseln des Lehrersandes erst dann fallen werden, wenn die Trennung von Staat und Kirche vollzogen ist; der „Badische Lehrerverein“ möge sich den Satz zum Ausgang nehmen: das Wohl des Volkes ist das oberste Gejetz.

Die nationalliberale Partei, welche diesmal mit der Agitation zu den Landtagswahlen zuerst auf dem Kampfbühnen erscheint, räumt in ihrem Programm die Bekämpfung der Gehaltsrückbildung ein, ist aber ebenso bereit, durch Erhöhung der Getreidezölle diesen Vorteil wieder zu beschränken. In der Wahlrechtsfrage sieht unser Nationalliberalismus wieder auf dem verlaufeneren Stand-

punkt: das direkte Wahlsystem nur unter den Bedingungen, daß die Städte mit mehreren Abgeordneten in besondere Wahlkreise für je einen Vertreter eingeteilt werden und daß die erste Kammer mit mehr Elementen aus der Bourgeoisie verschnitten wird. Ebenso feig ist die Haltung zur Gemeindeführungsreform. Die Ute, mit der diese nationalliberale Gesellschaft diesmal ihre post launischen Anwendungen vorträgt, macht den Eindruck, daß der engere Ausschluß dieser Partei erst im engeren Lager Zustimmung zur Einigkeit machen muß.

Was die socialdemokratische Partei betrifft, so fand im April zu Karlsruhe eine Vorbesprechung des Landesvorstands mit den Delegierten einzelner Wahlkreise wegen der Kandidaturen statt.

Die Centralpresse hat für die Christliche Arbeiterchaft auch eine Raiffeiser angeordnet; am 15. d. M. verließ das zehnte Jahr seit der Verlobung der Arbeiterin des Papstes Leo XIII. (Rorara novarum.) Ein vorbereitender Festartikel des „Badischen Beobachters“ spricht davon, daß „mit jenem Tage sich auch wieder von neuem entfachte der Eifer und die Liebe, helfend und leitend zu arbeiten an der Heilung der sozialen Gebrechen unrer Gesellschaft, besonders des arbeitenden Volks“; dies geschah in Erfüllung der Worte Christi: „Mich erbarmt des Volkes“, die er zu Gunsten der Armen und Notleidenden gesprochen habe. Als solche Beschäftiger des erbarmungswürdigen Volks nennt das Centralblatt in einem Atem die Namen Kettler — Windhorst — Lieber und kennzeichnet die Entwicklung unrer Zeitverhältnisse auf dem sozialen Gebiet in eine reinliche Scheidung und Sonderung: die Atheismus — die Christentum; in diesem erbitterten Zweikampf werde das soziale Programm des Arbeiterparties aber das Erfurter Programm der Socialdemokratie siegen. — „Mich jammert des Volkes“, müßte heute der Heiland sagen, wenn er die Vertreter des Arbeiterparties im Sündenbolde der Vrotwucherer sehen könnte.

Aus dem Reiche des Herrn v. Köller

Wir sind geschrieben: Anfang dieses Monats hielt sich im Hafen von Apenrade ein größeres Geschwader auf. Unter den Schiffen war auch das Flaggschiff des Prinzen Heinrich „Victoria Louise“ mit dem Prinzen an Bord. Die Mannschaften unternahmen an der Küste ein Landungsmanöver gegen einen von Norden kommenden markierten Feind, das 2. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 86. Etwa acht Tage verblieben die mit einer Gesamtbefahrung von ca. 2000 Mann belegten Schiffe in der genannten nordschleswigschen Bucht. Abends wurden die Soldaten in Booten ans Land gebracht, wo sie in der kleinen Stadt an der blauen Ostsee sich nach Seemannsgebrauch vortrefflich unterhielten.

Große Bekundung erregte bei dieser Gelegenheit ein von dem Geschwaderkommando verhängtes Boycotting über ca. ein Duzend socialdemokratische und bänische Geschäftslokale und Wirtschaften. Diese Maßnahme dürfte auf den Einfluß des dortigen Landrats Herrn Baron v. Uslar, der seine größte Bekundtheit durch eine vor ein paar Jahren nach Kamerun unternommene Informationsreise erlangt hat, zurückzuführen sein.

Noch sonderbarer war die Thatsache, daß eben dieselben Lokalitäten, zu denen der Zutritt den Marineoldaten durch Anschlag an Bord der Schiffe verboten war, und die täglich durch Patrouillen revidiert wurden, wohl bei der gleichzeitigen Einquartierung des Kieler Seebataillons in Apenrade besetzt wurden.

Ein angesehener bänischer Kaufmann des Städtchens, Hans L. Hansen, über dessen Geschäft ebenfalls die Sperre verhängt war, hat sich daraufhin gewiegert, die ihm überwiesenen Mannschaften anzunehmen, indem er von der Annahme ausging, daß die beschränkte bänische Bevölkerung ebenso groß sei in seiner Privatwohnung wie in seinem Geschäftslokal.

Die betreffenden Soldaten wurden darauf von der Polizei auf Kosten des genannten Hansen in einem Hotel untergebracht. Die Angelegenheit wird jetzt vor Gericht zum Austrag kommen, da der Kaufmann Hansen sich weigert, die Hotelrechnung der ihm zugedachten Einquartierung zu bezahlen.

Uebrigens soll der Prinz Heinrich die vielgerühmte Köllersche „Ruhe“ beim nordschleswigschen Bürger- und Bauernmann sehr wohl verspürt haben. In Habersleben wurden noch in der ersten Stunde vor der Ankunft des Prinzen von der Behörde Fährnentangen und Föhnen verteilt, und in Apenrade soll ein einziges Mal ein landrats-treuer Redacteur eines Reptilienorgans einen Anlauf zu einem Durra genommen haben.

Ausland.

Frankreich.

Die parlamentarische Arbeit

wird am Dienstag wieder aufgenommen. Die Minister, die seit einigen Wochen vielfach fern von Paris auf Inspektions- oder Ver- gungswesen waren, sind zurückgekehrt. Die Session soll dann bis zum 14. Juli dauern. — Der Senat wird sich sofort mit dem Ge- setz betr. die geistlichen Ordensgesellschaften zu beschäftigen haben. Obgleich die Regierung die Beratungen möglichst zu beschleunigen suchen wird, weil sie das Gejetz unter allen Umständen noch in dieser Session unter Dach und Fach haben möchte, so ist es doch keineswegs sicher, daß sie dies auch erreichen wird. Die Kommissionsberatungen, der Bericht des Referenten, die Sanction des Berichtes werden viel Zeit in Anspruch nehmen. Sodann wird der Senat sich auch diesmal, wie das gewöhnlich zu geschehen pflegt, einige Abänderungen vornehmen, so daß der Entwurf nochmals an die Kammer zurückverwiesen werden müßte. — In der Kammer wird es lebhafteste Debatten über den Entwurf der Regierung betr. die Schaffung einer Alters- pensionsklasse für Arbeiter geben, dessen Bestimmungen zur Zeit in der „Kommission für soziale Wohlfahrt“ beraten werden.

Drüben wie haben. Die Militärlisten führen in allen Militär- staaten dieselbe Sprache, wie sie dieselbe Abhängigkeit als höchste Weisheit und höchsten Ruhm ihres Landes betrachten, während diese Abhängigkeit in Wahrheit die Erschöpfung der Staaten und den Ruin der Völker bedeutet. Der kriegerische Stolz, der militärische Kundgebungen in Deutschland zu zieren pflegt, ist in Frankreich nicht weniger selbstbewußt und nicht weniger herausfordernd. Aus Lyon wird gemeldet:

Auf dem am Sonntagabend veranstalteten Festmahl des Krieger- verbandes hielt der Marineminister Lanesjan eine Ansprache, in welcher er erklärte:

Keine Regierung habe auch nur die Hälfte von dem gethan, was die Republik in den letzten 30 Jahren für Meer und Marine geleistet. Wir haben die vervollkommensten Gewehre und Geschütze; unrer Grenzen sind geschützt durch Befestigungen, welche nach den neuesten Errungenschaften der Technik angelegt sind. Unrer Heer ist hinreichend stark, um allen Anforderungen, auch des längsten Kriegs, zu entsprechen. Wenn Ende des Jahres 1906 unrer See- macht programmgemäß ausgestaltet sein wird, so werden wir im stande sein, kalten Bluts allen Eventualitäten der Zukunft ins Auge zu blicken.

Am Schlusse seiner Rede führte der Minister aus, Meer und Marine würden, weil die Republik so viel für sie gethan, ihr treu bleiben.

Seeresreformpläne. Aus Lyon wird vom 12. Mai ge- meldet:

Unter dem Vorsitz des Kriegsministers André und des Marineministers Lanesjan fand heute hier ein Fest des

Kriegerbunds statt. Kriegsminister André hielt dabei eine Rede, in welcher er ausführte, alle Bürger müßten den Gebrauch der Waffen lernen und die Dauer des Militärdienstes müßte für alle die gleiche sein; es sei aber unmöglich, diese Dauer in unbegrenzter Weise herabzusetzen.

Die letzte Bemerkung des Kriegsministers richtet sich anscheinend gegen die reaktionären Parteien, die durch den Vorschlag ein- jähriger Dienstzeit und der Einführung eines längere Jahre dienenden freiwilligen-Heereszweiges den praktisch durchführbaren Plan der Mikaliten und Socialdemokraten auf Einführung zwei- jähriger Dienstzeit für alle Soldaten zu durchkreuzen wünschen. —

Das Wiederansetzen der Drehsud-Affaire. Die Amnestie hat die Drehsud-Affaire nicht aus der Welt zu schaffen vermocht. Das Interesse an dem furchtbaren Justizdrama ist nicht erloschen. Ein Pariser und ein Brüsseler Blatt haben das Feuer dadurch wieder an, daß sie die Erklärungen Esterhazy's, des wirklichen Ver- räthers, veröffentlichten, die er gegenüber dem französischen Konsul in London abgegeben hat.

Esterhazy entwirft in diesen Enthüllungen ein höchst erbauliches Bild von dem Wesen des großen Generalstabs, der nach ihm nichts als eine infame Fälschungswerkstatt ist.

„Warum“, meint Esterhazy, „all das Geschrei über die Fälschungen! Als ob man im französischen Heere von oben bis unten immer und überall nicht solche Fälschungen beginge, im Heere, wie übrigens in allen Verwaltungszweigen, wo die Durchführung auf Fälschungen und Unterschleifen beruht!... Als Hauptmann und als Major habe ich eine ununterbrochene Reihe amtlicher Fälschungen begangen, die eigentlich vor die Rissen gehört hätten; denn oft wurden fingierte Rechnungen von Lieferanten, die darum wußten, beigelegt. Niemand zog daraus unmittelbaren Nutzen, aber ganz unregelmäßige Ausgaben wurden damit bestritten und die Gelder von ihrem ursprünglichen Zwecke abgelenkt, um willkürlich auszugeben zu werden. Gott weiß, was alles unter der Rubrik: „Kartoffeln und andre Geware“ für Soldeleinlagen geht! Ich lasse mich hier ausdrücklich der Fälschung amtlicher Schriftstücke und ihrer Verwendung auf Befehl an. Ich mache mich auch anheischig, darzutun, daß es kein Armeekorps gibt, wo solche Dinge nicht ganz und gäbe sind, wo Schreien- fälschung nicht tagtäglich in aller Regelmäßigkeit vorkommt. Nach dem russischen Heere ist das französische dasjenige, wo ein solches Vorgehen am häufigsten ist. Die Entrüstung hierüber ist geradezu drollig in einem Lande, wo der Panamashwindel blühte, wo die Panamisten als Gejetzgeber thronten, alle Minister sich bereichern, der Freund Reims und Eiffel Ministerpräsident ist... Die Offiziere tugen mehr; denn obwohl sie alle Fälschungen begangen, thun sie es nicht um zu fieseln; die meisten sind ehrliche Schriftstellers. Die Fälschung ist ihnen zur zweiten Natur geworden, und viele waren höchlich überlaut, wenn man ihnen sagte, daß sie während ihrer Laufbahn tausendmal das Justizhaus verdient haben... Die Fälschungen und ihre Bemänglung sind im Geheimdienste erst recht geläufig, und dort sind sie notwendig. Aber sie kommen im Kriegsministerium nicht häufiger vor, als in den Ministerien des Innern und des Reichens.“

Das ist denn wohl die besonders feine Ehre des Mil- itarismus!

Der Fall Bruneau. Frankreich wird wieder durch eine Justimorb-Affaire heimgesucht, deren Opfer diesmal aller- dings kein jüdischer Offizier, sondern ein verkommener Geistlicher sein soll. Es scheint, als ob der Fall Bruneau eine Wahlparole für die clerikale Partei werden wird, falls er sich nicht schnell in nichts auflösen sollte. Einweilen haben die „Drehsudards“ den Mikaliten die Waffen insofern aus der Hand geschlagen, als sie selbst sich auch des Abbé Bruneau annahmen.

Abbé Bruneau wurde 1894 von dem Schwurgericht in Laval des Mordes schuldig befunden, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Am 2. Januar 1894 wurde der Parrer der kleinen Gemeinde Entrammes, Abbé Fricot, ermordet. Am Abend dieses Tages — wie folgen einer Darstellung der „Neuen Freien Presse“ — war Abbé Fricot in den Garten des Pfarrhauses gegangen, eine kleine Promenade zu unternehmen. Man hat ihn nicht lebend wieder- gesehen. Seine Dienstin Jeanette verbrachte die ganze Nacht damit, ihren Herrn zu suchen. Erst des andern Tages bemerkten die Nachbarn und die Nachbarn, welche sie unter- stützt hatten, den Bruneau mit großen Holzschichten bis an den Rand zugebedt. Man zog nach Entfernung der Holzstücke zuerst ein Stück der Soutane mit einer Galenfange hervor. Im Wasser fand man bald die Leiche des ermordeten Priesters. Sein Schädel war eingeschlagen, das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit mit Wunden bedeckt.

Die Volkstimme bezeichnete sofort den Abbé Bruneau, welcher Kaplandienste beim Parrer Fricot versah, als den Thäter. Abbé Bruneau stand in schlechtem Rufe. Der Beginn der Untersuchung ergab bereits Verdachtsmomente gegen den Abbé Bruneau. Die Taten seines Harmoniums wiesen Blut- stücke auf. Eine Komme, Schwester Souvier, teilte mit, daß Abbé Bruneau zu ihr gestanden habe: „Der Herr Parrer liegt im Brunnen, ich sah ihn um 6 Uhr barhäuptig gegen den Selbstmord be- stellt werde. Man hat Holzschichte auf den Brunnen geworfen, so daß alle Welt glauben wird, er sei ermordet worden.“ Als Abbé Bruneau so sprach, war der Körper des Pfarrers noch nicht ge- funden. Es war ein Raubmord. Dem Parrer wurden 1500 Frank weggenommen — genau dieselbe Summe fand man bei Abbé Bruneau, welcher deren Erwerb nicht aufklären konnte. Daraufhin wurde Abbé Bruneau verhaftet und angeklagt.

Während des Prozesses wurde festgestellt, daß Abbé Bruneau ein sittenloses Leben geführt, daß er in geistlichen Kleide verurtheute Orte besuchte. Abbé Bruneau gab dies selbst zu. — Bruneau wurde verschiedener Diebstähle beschuldigt, welche er in Pfarrhäusern be- gangen hatte. Er antwortete darauf in der Verhandlung aus- weidend. Nur den Mord leugnete er mit großer Fähigkeit — eigentlich zwei Morde. Denn er war auch angeklagt, eine Blumen- händlerin von Laval ermordet und beraubt zu haben.

Die Hauptzeugin gegen den so schwer belasteten Angeklagten war die Dienstin des Abbé Fricot, Jeanette. Ihre Aussagen wurden vom angeklagten Abbé mit der größten Energie bestritten. Jetzt wird man behauptet, diese Jeanette sei selbst die Mörderin ge- wesen; sie habe sich dem Abbé Bruneau in der Weichte anvertraut, und dieser habe, ein Märtyrer des Weichtgeheimnisses, lieber selbst den Mord auf sich genommen, als seine Anklägerin unter Druck des Weichtgeheimnisses als Schuldige zu entlarven. Eine wahre Toll- hausgeschichte! Der Geistliche soll aus dem Weichtstuhle gewinkt haben, daß es die Mörderin war, welche die schwere Anklage gegen ihn erlos, welche ihm den Kopf losen mußte. Bruneau fand in dieser Situation kein Wort, um der Belastungszeugin ins Gewissen zu reden, um darauf anzuspizieren, was die Zeugin ihm selbst gebeitet hatte.

Auf diese Aussage und auf das Zeugnis der Komme Souvier hin wurde das Todesurteil gegen den Abbé ausgesprochen. Am Tage der Hinrichtung fragte ihn der Prokurator der Republik: „Haben Sie noch irgend welche Enthüllungen zu machen?“ Darauf antwortete Bruneau: „Nein — aber nehmen Sie diesen Brief, wollen Sie ihn lesen und publizieren — er enthält meinen letzten Willen.“ In diesem Schreiben erneuert Bruneau die Versicherung, daß er seine Sünden gegen die Menschheit einsehe und bedauere, aber daß er der Mordthaten nicht schuldig sei, um derentwillen er das Schaffot besteige.

Die Frage ist nun: Hat der Abbé vor seinem Tode auch die Dienstin Jeanette beschuldigt, die Mordthat be- gangen zu haben, welche sie ihm angeblich gebeitet haben soll? Das ist die Hauptfrage. Der Brief des Abbé Bruneau, welcher sich in den Akten des Justizministers befindet, wird darüber bald Aufschluß geben.

Schweden.

Stockholm, 13. Mai. Die erste Kammer nahm heute mit 67 gegen 41 Stimmen die Regierungsvorlage betreffend die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eine durchgreifende Reorganisation des Heeres und der Flotte an. —

Rußland.

Verhaftungen. In Charkow wurden verhaftet: J. Djanoff, Koslowky, Berlin, Gabel (Studentin), 6 Eisenbahnarbeiter und 14 Mann von der Dampfseiffabrik. —

Türkei.

Ein Postkonflikt.

Aus Konstantinopel wird vom 13. Mai telegraphisch: Der Direktor der ottomanischen Postverwaltung teilte vorgelesen dem Direktoren der fremden Posten mit, daß fortan, mit Ausnahme der an die Postämter adressierten, alle Postsendungen, die aus Europa kommen und an die fremden Bureaus adressiert sind, von türkischen Postbeamten geöffnet und von Angestellten der ottomanischen Post verteilt werden. Wenn die Direktoren der fremden Postämter dies ablehnen sollten, werde die ottomanische Post die von hier seitens der fremden Postämter expedierten Sendungen nicht abgeben. Nachdem die Direktoren dies abgelehnt hatten, wurden die hier eingetroffenen Postfässer von der ottomanischen Post geöffnet, welche alle Briefe und Zeitungen, die sich gegen die Regierung ausprechen, zurückbehielt. Das Uebrige wurde befreit. Die Postämter werden Maßregeln gegen diese Aktion ergreifen und die österreichische Posthofschaft hat die Aufgabe übernommen, alle fremden Postfässer bis Berlin zu befördern. Die Konferenz, welche die Postämter über die Postangelegenheit hatten, verlief ohne Beschluß; sie haben von ihren Regierungen noch nicht vollständige Instruktionen erhalten. Die Postämter werden ihre Maßregeln zur Sicherung des Postdienstes fortsetzen. Die Stellung der Diplomatie zu diesem Postkonflikt wird in einer Wiener Meldung der „Dressd. N. N.“ wie folgt dargelegt: Wie die Mächte auf der selbständigen Judikatur betrefft ihrer Staatsangehörigen in der Türkei besichtigen, ebenso werden sie auch unter keinen Umständen die selbständigen Postverwaltungen aufgeben. Die Ausübung des Postregals könne der Türkei nicht anvertraut werden, weil die Voraussetzungen dazu fehlen. Man sei entschlossen, alle möglichen Repressalien anzuwenden, um die derzeitigen fremden Postverwaltungen in der Türkei aufrecht zu erhalten, werde aber einen Mobus finden, damit durch die Thätigkeit der fremden Posten die innere Sicherheit der Türkei nicht gefährdet wird. Eine weitere Wolff-Meldung erklärt es für unwahrscheinlich, daß die Türkei in diesem Konflikt auf russische Hilfe rechnen dürfe, wie zunächst angenommen wurde. —

Afrika.

London, 13. Mai. Nach einem Telegramm der „Times“ aus Harar vom 30. April schickte Menelik 10 000 Mann kriegerische Truppen ab, welche an die Stelle der gegen den Mullah operierenden Mamschafien treten sollen. Da die letzteren großen Mangel litten, haben sie schließlich ihre Kamel- und Transporttiere verzehren müssen. Die Vorhut der kriegerischen Truppen und die britischen Offiziere sind bereits abgegangen. —

Amerika.

Washington, 13. Mai. Blättermeldungen zufolge sind die Philippinen bereit, die Waffen niederzulegen unter der Bedingung, daß die Philippinen als autonomes Schutzgebiet mit einem amerikanischen Residenten erklärt werden. —

Der Boeren-Krieg.

Trotzdem die Engländer ihren Siegesbulletins nach in den letzten Wochen diverse Tausende von Boeren gefangen genommen haben wollen, beläuft sich nach einem Telegramm des „Standard“ aus Pretoria vom 10. d. Mts. die noch im Felde stehende Gesamtzahl des Feindes auf 16 500 Mann, trotz aller Niederlagen und Verluste in der letzten Zeit. Der Feind schließt sich aufs neue zu Kommandos von wesentlicher Stärke zusammen, namentlich in dem Dreieck, welches der Osten Transvaals bildet, und im Westen. Die Boeren haben auch noch einige Geschütze und Munitionsvorräte. — Die „Daily Mail“ erzählt aus Pretoria, Dewet habe seine Operationen wieder aufgenommen. Er soll den Saal wieder überschritten haben und mit über 2000 Mann in Transvaal eingedrungen sein. —

Wo noch immer stehen 16 500 Boeren im Felde! Wenn man bedenkt, daß die Boeren wohl niemals stärker als 40 000 Mann gewesen sind und daß die Engländer nach ihrer amtlichen Verlustliste bis zum 1. April circa 65 000 Mann an Toten, Verwundeten und Juwelen verloren haben, darunter circa 16 000 Tote, daß ferner der Verlust für April auf mehr als 3000 Mann angegeben wird und daß endlich die augenblicklich in den südafrikanischen Lazaretten liegenden Soldaten in den Verlust nicht mit eingerechnet sind, so zeigt sich, wie ungeheuer viel größer die englischen Verluste gegenüber denen der Boeren gewesen sind. Die 16 500 Boeren werden deshalb den Engländern wohl auch noch eine geraume Zeit zu schaffen machen. —

Frau Votja

hat, wie aus Durban gemeldet wird, am Montag an Bord des „Dundegan Castle“ die Reise nach Europa angetreten; sie hat die Zustimmung Richters zu einer Unterredung mit Krüger erlangt, um auf diesen im Interesse des Friedensschlusses einzuwirken. — Es ist wahrhaft köstlich, daß die englischen Friedenshoffnungen sich nur seit so und so viel Wochen krampfhaft an die Reusen der guten Frau Votja klammern. —

Bulgarische Hofgeschichten.

Am Montagvormittag fand vor dem Landgericht München I eine Verhandlung statt, die nicht ohne politischen Beigeschmack ist und in der kein Geringerer als — Fürst Ferdinand von Bulgarien eine hervorragende Rolle spielte. Wegen Vergehens des vollendeten und des versuchten Betrugs hatte sich der frühere Attaché des Fürsten von Bulgarien, Eugen Pannenskiel, zu verantworten. Der erst 26-jährige Angeklagte, der über ein „angenehmes Aussehen“ verbunden mit einschmeichelndem Benehmen und seinen Umgangsformen verfügt, wurde in Begleitung eines Kriminalschupmanns in Zivil aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der er nicht weniger als 8 Monate zugebracht hat. Pannenskiel war früher in Bayern Militär, wurde jedoch entlassen, weil sich Spuren eines nicht normalen Geistesgeistes bei ihm zeigten. Durch Protektion kam er 1894 an den bulgarischen Hof, wo er wunderbar schnell Karriere machte, Attaché des Fürsten ward, in dieser Stellung auf Reisen kam und dabei viele Ordensverleihungen einheimste. Wäglich wurde er jedoch 1897 aus den Diensten des bulgarischen Fürsten entlassen, nicht ohne daß Fürst Ferdinand gut für seinen Unterhalt gesorgt hätte. Die reichlichen Geldmittel schlugen jedoch bei der störrischen Lebensführung des jungen Mannes nicht an, und als Pannenskiel nach mancherlei Irrfahrten nach München kam, beging er dort an dem Jubilar des vornehmen Casé Luispold, einem Herrn Schenk, wo er verkehrte, ein raffiniertes Betrugsmanöver. Er gab an, daß er im Auftrage des Fürsten Ferdinand in geheimer Mission nach Paris reise; eine Geldsendung des Fürsten in Höhe von 5000 Fr., die ihn in Wien hätte treffen sollen, habe ihn verfehlt; er werde das Geld in Paris erhalten, er benötige sofort 3000 Fr. Dem Fürsten würde ein Gefallen geschehen, wenn er ihm, als den Bevollmächtigten des Fürsten, das Geld gebe. Schenk gab das Geld im guten Glauben her; er wurde jedoch stutzig, als Pannenskiel von Paris aus telegraphisch

abermals 1200 Fr. verlangte. Der Casetier beauftragte schließlich einen Rechtsanwält, bei dem Fürsten Ferdinand auf Bezahlung seines Guthabens zu dringen. Als Bevollmächtigter des Fürsten trat alsbald der Direktor der sächsischen Bibliothek, Dr. Leber, ein, in München ein. Auf Ersuchen dieses Herrn sollte von einer strafrechtlichen Verfolgung des Pannenskiel Abstand genommen werden, da er wichtige diplomatische Dokumente und Steuogramme über Privatgespräche des Fürsten, die letzteren eventuell kompromittieren könnten, bei seiner Abreise von Sofia mitgenommen habe und Befehl vorhanden sei, daß er diese Dokumente an Rußland verkaufen könnte. Es wurde von einer Anzeige Abstand genommen, da aber entgegen dem Versprechen des Fürsten keine Zahlung erfolgte, wandte Schenk sich abermals an den Fürsten, worauf ein Abgesandter eintraf, der erklärte, der Fürst habe ein Interesse daran, daß Pannenskiel zur Haft gebracht werde, da er zur Herausgabe der wichtigen geheimen Dokumente in Wien nicht zu bewegen sei. In diesem Falle sei der Fürst bereit, nicht nur die 3000 Fr., sondern auch die erwachsenen Strafvollzugskosten zu erstatten. Die Anzeige wurde auch erstattet, worauf seitens der Münchener Staatsanwaltschaft Haftbefehl und Strohbrief gegen Pannenskiel erlassen wurde. Dem geschädigten Schenk erwachsen dadurch neuerdings 57 M. Kosten; da der Fürst trotz seiner wiederholt gemachten Versicherungen nicht bezahlte, ließ Schenk durch Rechtsanwält Dr. Andelsberger gegen den Fürsten Ferdinand Klage auf Zahlung von 3057 M. erheben. Das kaiserlich deutsche Konsulat in Sofia sollte um Einstellung der Klage ersucht werden, allein die bayerischen Ministerien des Aeußern und der Justiz lehnten jede Mitwirkung ab, da ein fremder Souverän der deutschen Gerichtsbarkeit nicht unterstehe. Endlich ließ sich Fürst Ferdinand doch zur außergerichtlichen Zahlung herbei, aber Pannenskiel blieb vorab verschlossen. Gelegentlich der Veltaustellung in Paris wurde der Attaché jedoch auf Veranlassung des Direktors Schenk, der als Geschäftsführer der Spatenbrauerei in der Ausstellung thätig war, am 2. August dortselbst verhaftet. Nach längeren diplomatischen Verhandlungen erfolgte am 7. Oktober die Auslieferung Pannenskiels an Deutschland. Nach kurzer Internierung wurde der verhaftete Pannenskiel am 18. Januar auf sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustands in die oberbayerische Kreis- Irrenanstalt eingeliefert. Pannenskiel selbst protestiert entschieden dagegen, daß man ihn für irrimig halte. Doch äußert sich Direktor Vode von der Kreis- Irrenanstalt dahin, daß Pannenskiel zur Zeit der Tat sich in einem Zustand krankhafter Störung seiner Geisteskräfte befunden habe, durch den seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Pannenskiel sei völlig unfähig und unfähig, seinen Unterhalt zu erwerben, so daß er stets mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen werde (!!) (Also ein gemeingefährlicher Geisteskranker!) Landgerichtsarzt Dr. Hofmann dagegen gab sein Gutachten dahin ab, daß Pannenskiel geistig zurechnungsfähig sei. Als Dr. Hofmann Kenntnis bekam von dem Bodeschen Gutachten, erklärte er, daß er das seinige nicht mehr aufrecht erhalten könne, da sich dieses Gutachten nur auf eine kurz dauernde und unter den ungünstigsten Bedingungen gemachte Beobachtung gestützt habe. (!) Pannenskiel verteidigte sich in der Voruntersuchung dahin, daß er in Diensten des Fürsten Ferdinand stand und am 4. November aus politischen Erwägungen und insbesondere wegen der damaligen fremdenfeindlichen Bewegung auf vier Monate beurlaubt worden sei. Er sei nur nach außen hin entlassen gewesen. Auch habe er in München das Geld nicht im Namen des Fürsten geliehen. Den das Gegenteil besagenden Zusatz auf den Schuldschein habe er gemacht, damit Schenk im Fall seines Todes vom Fürsten sein Geld beanspruchen könne. Zudem befänden sich noch ihm gehörige Pretorien im Werte von über 16 000 M. in Sofia, wodurch der Fürst hinreichend gedeckt sei. Es wäre ihm ja ein Leichtes gewesen, Geld zu bekommen, denn der bulgarische Kommerzberr Graf de Voureboulon habe ihm ja 12 000 Fr. zugesichert für den Fall, daß er nach Amerika verbräue. —

Ein Privattelegramm aus München meldet und noch über das Urteil: Pannenskiel wurde freigesprochen, da das Gericht Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit hegte. —

Sociales.

Erweiterung des Handels von Handverkaufartikeln in Droguengeschäften. Dem Reichsanwalt liegt der Entwurf einer neuen Verordnung zur weiteren Entschärfung vor, durch welche die kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1890 über die dem ausschließlichen Vertrieb in den Apotheken vorbehaltenen Arznei-Zubereitungen, Drogen und chemischen Präparate abgeändert und ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Droguisten, insbesondere um die Freigabe von unschädlichen Heilmitteln für den Droguen-Einzelhandel. —

An die Berliner Bevölkerung.

Seit dem 1. Mai d. J. steht der weitens größte Teil der hiesigen Krankenkassen in einem wirtschaftlichen Kampf gegen die Apotheker. Die Krankenkassen hatten von den Apothekern die Erstattung günstiger Arzneibezugsbedingungen, insbesondere die Bewilligung eines Rezepturabatts gefordert, da sie es nicht länger ruhig mit ansehen wollten, daß thätigstlich der in den Krankenkassen versicherten Arbeiterschaft wesentlich höhere Preise abgenommen werden, als selbst den bestsituierten Kreisen. Da die Apotheker diese berechtigten Wünsche ablehnten, beschloß der größte Teil der hiesigen Krankenkassen vom 1. Mai dieses Jahres ab:

1. Die für den Droguenhandel freigegebenen Medikamente, Verbandstoffe usw. nur aus Droguengeschäften zu beziehen.
 2. Die den Apothekern vorbehaltenen Mittel nur aus den unten abgedruckten Apotheken zu entnehmen und die übrigen Apotheken zur Arzneilieferung für die Krankenkassen nicht mehr zuzulassen.
- An die Berliner Bevölkerung ergeht nun die Bitte, die Krankenkassen in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen. Dies kann geschehen, indem auch die nicht versicherungspflichtige Bevölkerung, insbesondere die Familienangehörigen der Massenmitglieder, es sich zur Pflicht machen, die freigegebenen Drogen nur aus Droguengeschäften zu entnehmen, und bei Bedarf der eigentlichen Apothekern waren sich an eine der folgenden Apotheken zu wenden:

- Centrum: Apotheke zum schwarzen Adler, Königsstr. 51. Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a. Löwen-Apotheke, Jerusalemstr. 30. Kommandanten-Apotheke, Scheldstr. 16. West: Humboldt-Apotheke, Potsdamerstr. 29. Barbarossa-Apotheke, Ausrüstendamm 1. Ausrüstendamm-Apotheke, Genßlerstr. 20. Pallast-Apotheke, Goltzstr. 23. Wittes Apotheke, Potsdamerstr. 84a. Engel-Apotheke, Anomierstr. 44. Süd-Westen: Johanner-Apotheke, Plan-Ofiz 11. Kreuzberg-Apotheke, Belle-Alliancestr. 75. Auguste Victoria-Apotheke, Königgräberstr. 52. Apotheke zum goldenen Einhorn, Gneisenaustr. 92. Anhalter-Apotheke, Poststr. 18. Süd-Osten: Apotheke zur Sonne, Prinzenstr. 102. Apotheke zum Schwan, Oranienstr. 148. Urban-Apotheke, Urbanstr. 118. Hohenstaufen-Apotheke, Voedstr. 30. Süd-Osten: Reanber-Apotheke, Reanberstr. 29. Göliger-Apotheke, Göligerstr. 48. Adalbert-Apotheke, Adalbertstr. 16. Mannau-Apotheke, Reichenbergerstr. 150. Springers Apotheke, Pantenfelstraße 105. Apotheke am Schleißchen Thor, Salisgasse 72. Osten: Stadts Apotheke, Stralauer Platz 20. Krugs Apotheke, Zornborferstr. 53. Reichsadler-Apotheke, Große Frankfurterstr. 134. Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Stern-Apotheke, Postenerstr. 7. Nord-Osten: Kaiser Wilhelm-Apotheke, Landsbergerstr. 3. Apotheke zum schwarzen Adler, Reue Königsstr. 50. Apotheke zu den Frankfurter Linden, Gr. Frankfurterstr. 108. Siegfried-Apotheke, Greifswalderstr. 10. Deutsche Apotheke, Büchingerstr. 15.

Norden: Prinzen-Apotheke, Prinzen-Allee 69. Nord-Apotheke, Schußstr. 1. Prinzessin Victoria-Voulse-Apotheke, Voltstraße 44. Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, Auguststr. 60. Zions-Apotheke, Anklamerstr. 39. Gustav Adolf-Apotheke, Kolonnenstr. 1. Nordhofen-Apotheke, Heimstr. 81. Borussia-Apotheke, Schönhauser Allee 58. Leffing-Apotheke, Pankstr. 156a. Adler-Apotheke, Reinholdenferstr. 1. Marien-Apotheke, Wörtherstr. 40. Grüne Apotheke, Chausseest. 19.

Nordwesten: Roland-Apotheke, Turnstr. 16. Diana-Apotheke, Turnstr. 28. Roabiter Apotheke, Alt-Moabit 18. Jellers Apotheke, Fildederstr. 32. Schiller-Apotheke, Alt-Moabit 35. Kronprinzen-Apotheke, Hinderstr. 1. Stephan-Apotheke, Stendalerstr. 11. Polnische Apotheke, Mittelstr. 56. König-Apotheke, Birkenstr. 6. Weuffel-Apotheke, Weuffelstr. 55.

Charlottenburg: Friedrich Wilhelm-Apotheke, Leibnizstr. 89. Pestalozzi-Apotheke, Kaiser Friedrichstr. 61 B. Hland-Apotheke, Kanstr. 151. Hof-Apotheke, Berlinerstr. 71. Hellen-Apotheke, Potsdamerstr. 31.

Schöneberg: Borussia-Apotheke, Hauptstr. 141. Pallast-Apotheke, Goltzstr. 23. Sedan-Apotheke, Sedanstr. 3. Rixdorf: Reichsadler-Apotheke, Vergstr. 13. Verg-Apotheke, Hermannstr. 143.

Lichtenberg: Lichtenberger Apotheke, Dorfstr. 41c. Groß-Lichterfeld: Adler-Apotheke, Drolestr. 56. Steglitz: Apotheke von May, Albrechtstr. 19. Weihenstep: Flora-Apotheke, König-Charsee 9. Neu-Weihenstep: Sonnen-Apotheke, Ranghansstr. 82.

Zu Ortschaften, welche nur eine einzige Apotheke besitzen, kam diese nach wie vor benutzt werden. Wir hoffen, daß die Berliner Bevölkerung in dieser Weise das Vorgehen der Krankenkassen thätigst unterstützt; dann kann ein schneller Sieg nicht zweifelhaft sein. Wir bemerken zugleich für die Kassenvorstände, daß die Druckschreiber, die sich leider in das Verzeichnis der zugelassenen Apotheken eingeschlichen hatten, in vorstehender Liste berichtigt sind.

Centralkommission der Krankenkassen Berlins.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kürschner! Die Ausständigen der Firma G. A. Hoffmann, Sebastianstraße, waren am Montagvormittag versammelt, um über die Weiterführung des Streiks zu beraten. Die Annahme des Fabrikanten, daß etwa einige von den Arbeitern oder Arbeiterinnen zur Werkstatt zurückkehren würden, erwies sich als irrig. Es waren alle erschienen und einstimmig wurde beschlossen, den Ausstand fortzusetzen. Die Berufscollegen und Kolleginnen wurden gebeten, den Zugzug fernzuhalten. —

Zum Streik der Kürschner bei der Firma Hoffmann erhalten wir von dem Chef folgende Richtigstellung:

Zu Ihrer Sonntagnummer befindet sich unter „Gewerkschaftliches“ ein Artikel über meine Fabrik, der fast in allen Teilen nicht den Thatsachen entspricht und ersuche ich Sie höflich nachstehende Mitteilung, welche den wahren Sachverhalt wiedergibt, an gleicher Stelle zu veröffentlichen. —

Die Anzahl der bei mir beschäftigten Personen beträgt nicht 30 Arbeiter und 25 Arbeiterinnen, sondern 49 Arbeiter und 48 Arbeiterinnen. Diese sämtlichen war ich gezwungen, um einem unerträglichem Zustand ein Ende zu machen, am Donnerstag, den 9. Mai cr. zu entlassen, mit dem Hinzufügen, wer den Wunsch habe, wieder in meinem Betriebe eingestellt zu werden, sich im Comptoir zu melden. Hieron machten am Freitag und Samstag 16 Arbeiter und 30 Arbeiterinnen, heute Montag 1 Arbeiter und 1 Arbeiterin Gebrauch. —

Die Differenzen haben mit der Weisheit absolut nichts zu thun. Am Samstag, den 27. April, teilte mir meine beiden Werkmeister Herr Webemeyer und Herr Busch mit, daß die im Accord arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen beschloßen hätten, am 1. Mai zu feiern, wogegen ich nichts einzuwenden hatte, nur meinen Werkmeistern aufragte, daß die in Arbeit befindlichen Sachen zum Dienstagabend möglichst fertig gestellt würden und jeder nur eilige Sachen am Montag erhalten solle, die er auch versprechen würde, bis zum Dienstagabend zu liefern, was bei den täglich eingehenden eiligen Orders unbedingt im Interesse der Kundschaft nötig war. Bei diesen Ausführungen meines Wunsch gab jeder den richtigen Bescheid, nur Herr Regge nicht, welcher Herrn Webemeyer in herausforderndem Tone erwiderte, wie kommen Sie zu einer solchen Frage, was berechtigt Sie dazu etc., hierauf entstand eine lebhaft Auseinandersetzung zwischen dem Werkmeister Herrn Webemeyer und Herrn Regge und Herr B. erklärte, daß er keine Arbeit mehr geben könne. —

Am Dienstag früh fehlten sämtliche in Accord arbeitenden Gesellen und Arbeiterinnen und es erschien eine Kommission unter Führung der Herren Regge, Seidenkrantz und Wiedley, die mir den Grund der Arbeitsniederlegung vortrugen und wobei Herr Regge sich in einer Weise ausließ, wie: in meinem Betriebe herrschen schlimmere Zustände wie in Rußland und Sibirien etc., worauf ich speciell Herrn Regge bemerkte, daß es dann doch ihm nur angenehm sein könnte, in einem solchen Betriebe nicht mehr zu arbeiten, doch erwiderte er, daß ihm das gar nicht einfallen zu gehen, er würde bleiben. Man verständigte sich wohl; meinerseits geschah es nur im Interesse meiner alten, viele Jahre bei mir beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Herr Webemeyer hat mit der plötzlichen Entlassung gar nichts zu thun, zu diesem Entschluß kam ich am Mittwoch, da ich keinen andren Ausweg zur Herstellung friedlicher Zustände finden konnte. Ich ließ Herrn Webemeyer, der seit dem 1. Mai nicht mehr im Geschäft war, nach meiner Wohnung kommen und machte ihm meinen Entschluß bekannt, welchen er anfangs nicht billigte, doch erklärte ich ihm, daß ich denselben unbedingt zur Ausführung bringen würde. Da Herr Webemeyer auch am Freitagmorgen noch nicht wieder in der Fabrik erschien, so berief ich ihn telefonisch dahin und erklärte ihm, daß ich nunmehr unbedingt verlangen müsse, daß er seine Thätigkeit wieder aufnehme, was er dem auch that. —

Die Einstellung neuer Arbeitskräfte habe ich natürlich selbst sofort veranlaßt und bezweifle ich, daß es ein Zeichen von Interesse für das Wohl der Arbeiter und Arbeiterinnen ist, wenn in dem Artikel Ihrer Zeitung seitens des Vertrauensmanns der Kürschner gewarnt wird, sich in meinem Betriebe um Arbeit zu melden, in dem bei lohnloser Behandlung in 8/10-tägiger Arbeitszeit sehr hohe Jahreslöhne von thätigen Arbeitern und Arbeiterinnen verdient werden. —

Der Verein der Fliesenleger Berlins und der Umgegend nahm am 9. Mai den Bericht der Kommission über die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht entgegen und erklärte sich mit der Stellungnahme der Kommission einverstanden. Sodann wurde beschlossen, daß die gemahregelten Mitglieder sich täglich einmal im Bureau des Vereins zur Führung der Mauerer, Klosterstr. 48, zu melden haben. —

Deutsches Reich.

Zum Streik der Hamburger Kupferschmiede. Die Lohnkommission der Kupferschmiede hat an die Mitglieder des Verbands der Eisenindustrie Hamburgs, welche Kupferschmiede beschäftigen, sowie an die Kupferschmiede-Zunung zu Hamburg und an den Verband der Kupferschmiedereien Deutschlands, Bezirk Hamburg, folgende Schreiben gerichtet: Am Mittwoch, 8. Mai, legten fast sämtliche Kupferschmiede, bis auf wenige Ausnahmen, die Arbeit nieder. Wir sind jedoch nach wie vor bereit, mit den Herren Arbeitgebern in Verbindung zu treten. —

Am Freitagabend fand eine Mitgliederversammlung des Verbands der Kupferschmiede statt, in welcher die Lohnkommission Bericht erstattete über die Verhandlungen mit den einzelnen Firmen. Da diese Verhandlungen ungünstig verlaufen sind, müssen die noch beschäftigten Kupferschmiede die Arbeit niederlegen. (Dies ist bereits geschehen.) —

Protokollversammlung Kruppischer Arbeiter. Am Sonnabend fand in Altona bei Essen eine von 200 Metallarbeitern beauftragte Versammlung statt, die sich mit den bekannt gewordenen Missethänden im Fahrzeugbau II beschäftigte. Die von Mitgliedern der verschiedenen gewerkschaftlichen Verbände zusammengesetzte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche die härteste Mißbilligung ausspricht über die verschiedenen Vorkommnisse, Maßregelungen, Lohnabzüge, schwindelhaftes Engagements auswärtiger Metallarbeiter. Die Versammelten fordern Herrn Krupp, dem die Resolution zugestellt werden soll, auf, sofort Maßnahmen zu treffen, die einer Wiederholung der gegenwärtigen Missethände vorbeugen. Zur Charakteristik der Humanität bei Krupp und des Segens der berühmten "Werkstoffklasse" sei ein Fall aus der vergangenen Woche mitgeteilt. Ein Arbeiter, Vertreter bei der Krankenkasse, Vorstandsmitglied derselben, hat seit 19 Jahren zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten im Dienste der Firma gestanden. Im Auftrage der übrigen Arbeitervertreter sollte der Betreffende auf der in bald statfindenden Generalversammlung verschiedene Reformanträge begründen. Jetzt plötzlich, früh genug, um nicht mehr an der Generalversammlung teilnehmen zu können, findet man, daß der Mann ein — Aufwiegler ist und er bekommt die Entlassung. Von der zur Krankenkasse geleisteten Steuer — 700—800 M. — bekommt der Aufwiegler natürlich keinen Pfennig zurück.

Die Färber in Alpolba haben nunmehr, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen, die Kündigung eingereicht. In betracht kommen 100 Färber.

Ausland.

Die Baumwoll-Industriellen der Departements Meurthe et Moselle und Haute-Saône sowie des Territoriums von Belfort hielten heute eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, behufs Einschränkung der Produktion vom 15. d. M. ab jeden Sonnabend die Arbeit in den Fabriken ruhen zu lassen, bis die vorhandenen Vorräte abgesetzt sind. Damit die Arbeiter keinen Schaden erleiden, soll eine Erhöhung der Löhne erwogen werden.

Kommunales.

Ein Muster langsamer Berichterstattung sind die Verwaltungsbereiche des Magistrats. Sie erscheinen selten früher als 6—9 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres, vielfach vergeht aber ein volles Jahr bis zu ihrer Veröffentlichung, und auf einzelne Berichte hat man schon 1 1/2 und selbst 2 Jahre warten müssen. Bei Berichten, deren Ausarbeitung erst nach Fertigstellung umfangreicher Kassenablässe möglich ist, läßt es sich zur Not noch begreifen, daß sie erst nach längerer Zeit veröffentlicht werden. Dasselbe Schicksal wird aber auch Berichten zu teil, die sofort nach Schluß des Berichtsjahres abgefaßt werden können. So ist am 12. Mai 1901 der Bericht der Deputation für Statistik über das Etatsjahr 1899 ausgegeben worden. Dattiert ist der Bericht vom 21. Mai 1900. Bis zur Veröffentlichung der Arbeit, die übrigens nur 58 Druckzeilen umfaßt, ist beinahe ein ganzes Jahr vergangen. Aus dem Bericht erfährt man unter anderem, daß Berlin mit den Vorortgemeinden lange darüber verhandelt hat, ob nicht die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 auf gemeinsamer Grundlage durchzuführen sei. Der Leser erhält die tröstliche Versicherung, daß „jetzt gegründete Aussicht auf Gelingen des gemeinsamen Werkes vorhanden ist“. Dieses „jetzt“ bedeutet natürlich „im Mai 1900“, aber die Mitteilung wird geradezu komisch, wenn sie erst am 12. Mai 1901, fast 5 1/2 Monate nach dem tatsächlichen Gelingen des gemeinsamen Werkes, der Öffentlichkeit übergeben wird. Bequ沿海 Späße finden sich auch in manchen andern Verwaltungsberichten des Magistrats, die mit derartigen Verzögerungen veröffentlicht worden sind.

Der Magistrat hat dem von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Beschluß vom 22. März d. J. über die Stellung der bei den städtischen Betriebsverwaltungen beschäftigten Personen zugestimmt unter der Annahme, daß in allen Fällen, in denen nach diesen Beschlüssen Beamte den Bureau-Assistenten gleichgestellt werden, diese Beamten nach der im Etat 1901 für die Bureau-Assistenten festgesetzten Gehaltskala zu befordern sind. — Der Magistrat hat ferner den Stadtverordneten folgenden Antrag überreicht: „Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich mit Aufhebung ihres Beschlusses vom 14. Juni 1894 damit einverstanden, daß den Bureau-Assistenten, die ursprünglich aus dem Supernumerariat hervorgegangen sind, bei ihrer Anstellung die Zeit von ihrer Ernennung zum Diönar ab, wenn sie sechs Jahre und darüber gedauert hat, angerechnet werde, und zwar bei sechsjähriger Tätigkeit ein Jahr und für jedes weitere Dienstjahr ein Jahr mehr bis zu einer Höchstanzahl von sechs Jahren.“

Die hohe Sterblichkeit unter den Berliner Waisen- und Halbtelndern wird auch in dem neuesten ärztlichen Bericht über das städtische Krankenhaus Noabit erwähnt. Auf der Abteilung des dirigierenden Arztes wurden 169 Kinder, fast ausschließlich Mägen- und Scharlachranke, behandelt, davon starben 49 Kinder = 29,1 Prozent. Dagegen hatte der ärztliche Direktor auf seiner Abteilung 502 Kinder und zwar „meist Waisen- bzw. Halbtelndern“. Von diesen 502 Kindern starben 236, also 47 Proz. 101 Kinder starben hier schon innerhalb der ersten 6 Tage nach Aufnahme in das Krankenhaus. Tödlich verliefen namentlich fast sämtliche Fälle von Abzehrung (105 von 112), ebenso die Mehrzahl der Ertränkungen an Brechdurchfall (27 von 36). Mit Proletarierkindern macht eben der Tod nicht viel Federlesen, am wenigsten mit schlecht genährten Waisen- und Halbtelndern!

Geriichts-Zeitung.

Das Incasto-Bureau. Die Geschäftspraxis des Inhabers des „Einzugsbureaus Verolina“ unterliegt seit gestern der Prüfung der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Auf die Anklage des Betrugs und der Verleitung zum Meineid hat sich der Kaufmann Karl Morix zu verantworten. Derselbe betreibt seit einer Reihe von Jahren in der Reinickendorferstraße ein Schulden-einzugs-Bureau und zählt zu seinen Kunden fast ausschließlich kleine Leute und Gewerbetreibende, die mit dem Schreibwesen nicht sehr vertraut sind. Diese scheinen, wenn sie mit dem Angeklagten in Verbindung traten, dadurch gebendert zu sein, daß sie aus seinem Mund viel Nützliches über das Institut „Verolina“ hörten. Ihnen wurde mitgeteilt, daß das Institut die Schuldner auf Schritt und Tritt verfolgte und weit mehr zu leisten im Stande sei, als ein Gerichtsvollzieher. Die kleinen Geschäftsleute, die sich ihm anvertrauten, hatten einen Abkommensvertrag zu unterzeichnen, in welchem sie sich verpflichteten, einen Jahresbeitrag von 40 M. und dem Angeklagten eine Provision von 10 Proz. der eingezogenen Summe zu zahlen. Unter den weiteren Bestimmungen fand sich auch die, daß der Vertrag sich stillschweigend verlängere, wenn nicht eine bestimmte Kündigung imgehalten werde. Von der Kündigungsbedingung wird nun behauptet, daß der Angeklagte in vielen Fällen seinen gutgläubigen und in solchen Dingen wenig beschlagener Kunden die Bestimmungen des Vertrags nur ganz oberflächlich vorgelesen und ihnen einzelne Punkte, wie z. B. die Zahlung der 40 Mark, die Zinnszahlung der Kündigungsterminal etc. verschwiegen habe. Da die Kunden — wie die Anklage behauptet — den Vertrag nicht selbst durchlasen, so seien sie sehr erstaunt gewesen, wenn dann der Angeklagte mit seinen Geldforderungen unter Berufung auf den Wortlaut des Vertrags hervorgetreten sei. Er soll diese seine Forderungen dann zunächst im Klagewege gegen seine Kunden selbst mit großer Rigorosität geltend gemacht haben. Eine Frau, die sich über diese Geschäftspraxis beschwerte, soll er bedroht haben, indem er ihr in Aussicht stellte, „sie die Treppe hinunter zu werfen, daß sie das Genick brechen solle“. In einem andern Falle soll er versucht haben, einen vor Gericht geladenen Zeugen zu beeinflussen. Er bestreitet entschieden alle diese Beschuldigungen und behauptet, daß er sein Geschäft durchaus redlich geführt und jeder einzelne seiner Kunden von dem vollen Inhalt des Vertrages Kenntnis genommen habe, bevor dieser unterzeichnet wurde. Seine Verteidiger, Justizrat Auerbach und Rechtsanwalt Leonh. Friedmann, haben zur Entlastung des Angeklagten eine ganze Anzahl von Zeugen geladen.

Da es sich um eine Fülle kleinerer geschäftlicher Abmachungen handelt, die genau erörtert werden müssen, sind 82 Zeugen geladen. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Reumann hat vier Sitzungstage für die Verhandlung anberaumt. Die Anklage wird durch Staatsanwalt Reich vertreten.

Göh von Verlichingen kläglich geworden, von Goethe nur durch Gedankenstriche angedeuteter Ausdruck, durch den er dem Trompeter eine für „Ihre Kaiserliche Majestät“ sehr despektierliche Aufforderung übermittelte, bildete den Ausgangspunkt einer gestern vor dem Schwurgericht verhandelten Anklage wegen Meineids. Die Angeklagte, Frau Witwe Kalf, eine Mutter von 8 Kindern, wohnte im Hause Fruchstr. 66 und geriet mit dem Verwalter des Hauses in Zwistigkeiten, die dahin führten, daß sie ausziehen mußte und ihr Verbot wurde, das Haus wieder zu betreten. Sie kam diesem Verbot aber nicht nach, sondern erschien wiederholt im Hause und wurde von dem Verwalter weggeführt. Dies war auch am 10. November v. J. der Fall. Der Verwalter, der sie an diesem Tage wieder auf der Treppe traf, erklärte, daß er die Sache nun satt habe, und während seine Frau mit der Angeklagten eine lebhafte Auseinandersetzung hatte, lief er nach der Polizei. Die Folge dieser Szene war eine Strafanzeige der Angeklagten gegen den Hausverwalter. Sie beschuldigte diesen und seine Frau der Mißhandlung und behauptete, daß man sie zehn Treppentufen hinabgeworfen und, als sie am Boden gelegen, noch arg mißhandelt habe. Das Ehepaar wurde aber am 1. Februar vom Schöffengericht freigesprochen, da die behaupteten der damaligen Belastungsgewinnung sich zu wenig mit den feststehenden Thatsachen deckten. Der Verwalter hatte nun vor dem Schöffengericht behauptet, daß die jetzige Anklage seine Aufforderung, das Haus zu verlassen, mit dem Ausdruck des Göh von Verlichingen beantwortet und noch eine sehr bezeichnende Geste dazu gemacht habe. Diese Behauptung hat Frau Kalf unter ihrem Eide bestritten und sich dadurch die Anklage wegen Meineids zugezogen. Im gestrigen Termin wurde festgestellt, daß sie zweifellos jene geschmackvolle Redewendung gebraucht habe; die Geschworenen nahmen aber mit dem Rechtsanwalt Perleider nur fahrlässigen Meineid an. Frau Kalf wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der große Kölner Bau-Einsturz, der sich am 27. September 1899 ereignete, hatte nach anderthalbjähriger Voruntersuchung dieser Tage vor der Kölner Strafkammer sein gerichtliches Nachspiel. Man schreibt uns darüber aus Köln: Der Architekt Josef Jansen, der Maurermeister Peter Bus und der Bautechniker Heinrich Bröpper waren angeklagt, bei der Herstellung des Baues dergestalt wider die Regeln der Baukunst gehandelt zu haben, daß Gefahr für Menschenleben entstand, ferner durch ihre Fahrlässigkeit den Tod von zwölf und die Körperverletzung von zwei Menschen verursacht zu haben. Die Getöteten, die bei dem Einsturz verschüttet wurden, waren sämtlich Succateure, Verputzer und Steinhauer. Es handelt sich um einen Neubau von sechs Etagen. Die Angeklagten sind mit einer ungeheuerlichen Gewissenlosigkeit und Leichtfertigkeit zu Werke gegangen. Die ganze innere Konstruktion des Gebäudes ruhte auf zwei schmiedeeisernen Säulen, die auf zwei auf Puffand gebauten Mauerpfeilern aufgerichtet waren. Die letzteren waren entgegen den genehmigten Plänen anstatt zwei Meter nur einen Meter unter der Kellerhöhe gelegt und statt mit Cementmörtel waren sie mit gewöhnlichem Weißkalkmörtel hergestellt. Die durch alle Etagen hinaufgehenden eisernen Tragsäulen standen mit der Standplatte auf sogenannten Knotenstücken, als welche man je drei im Bau vorgefundene alte Treppentufen von ungleicher Dicke genommen hatte; um die Unterlage wagerecht zu machen, hatte man die dünneren der Steinstufen unterteilt und dann den hohlen Raum mit Cement ausgegossen. Zur Aufsicht über die Bauarbeiten war der Techniker bestimmt. Dieser hatte aber, und zwar anher seiner Bureautätigkeit sieben größere Bauten zweimal zu beaufsichtigen, sodas er nur 10 bis 15 Minuten für jeden Bau hatte. In Wirklichkeit hat er auch nur die Liste über die geleistete Arbeit und die Zahl der von dem Maurermeister dort beschäftigten Leute geführt. Er war nichts weiter wie ein „Laufjunge“, wie sein Verteidiger meinte. Außerdem wurde eine Zeichnung benutzt, die von der genehmigten Bauzeichnung abwich. Das Gericht sprach mit Recht den Techniker frei. Daß es den Architekten nur mit drei und den Maurermeister nur mit zwei Monaten Gefängnis bestrafte, das ist völlig unverständlich.

Gegen das Urteil im Militärbefreiungs-Prozess legten wie aus Elberfeld berichtet wird, die Hauptangeklagten Baumann und die Witwe Dieckhoff sowie mehrere andre der Angeklagten Revision ein.

Versammlungen.

Der Boykott der Apotheken. Mit dieser Frage beschäftigte sich am 10. Mai eine von der Centralkommission der Krankenlassen Berlins und der Vororte einberufene Versammlung von Vertretern der Berliner Krankenlassen. Anwesend waren die Vertreter von 93 Kassen, darunter 42 Ortskrankenstellen, 8 Zimmungskrankenstellen, 9 Betriebsstellen, 27 Freie Hilfsstellen und 6 Vorortstellen. Dr. Curt Freudenberg berichtete, daß gegenwärtig 83 Kassen mit 460 000 bis 470 000 Mitgliedern dem Boykott sich angeschlossen haben. Es sei also vollkommen unklar, wenn die Apotheker behaupten, nur eine Minorität beteilige sich an diesem Kampf. Neu hinzugekommen sei die Neue Waschenbaurkasse und die Betriebskasse der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft mit zusammen 46 000 Mitgliedern. Der geschäftsführende Ausschuss des Gewerkschaftsvereins entscheide sich heute über die Vertragsgelösung. Sodann beabsichtige die Centralkommission durch Versammlungen und durch Einsetzung eines Brechschusses, der im besonderen die unwahren Behauptungen der Apotheker in der Presse zurückzuweisen wird, die Öffentlichkeit für die Sache mehr zu interessieren. Die Liste der freigegebenen Apotheken wird regelmäßig in der Presse bekannt gegeben werden, damit auch die Nichtklassenmitglieder den Boykott unterstützen können. Trotzdem die Apotheken in feierlicher Form zusicherten, den Kassen den Kredit nicht entziehen zu wollen, was auch die von ihnen ausgehängten Plakate besagten, seien sie angeblich nunmehr doch entschlossen, wenigstens den kleinen Kassen den Kredit zu entziehen. Diese Maßnahme soll bereits gegen die Betriebskasse der Firma Hildebrandt in Anwendung gebracht sein. Den Kassen dürste diese Maßnahme nicht zum Schaden gereichen, da dann die Apotheker gezwungen wären, ihre Plakate zu entfernen. Des weiteren seien die Apothekendirektoren gesonnen, nicht mehr die bisherigen Preise für die Handverkaufsartikel in Berechnung zu bringen, sondern die höchsten, nach der Lage zulässigen Preise. Dagegen würden sich die Kassen wohl mit Erfolg wehren können. Im allgemeinen könne man den Stand der Bewegung einen vorzüglichen nennen und man hoffe, bald einen vollständigen Sieg verzeichnen zu können. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion, die sich zusammenschloß zum Referat und den in Aussicht genommenen Vorschlägen verhielt, konnte Herr Staubinger mitteilen, daß der Gewerkschaftsverein in sieben beschlossenen habe, alle freigegebenen Artikel von jetzt ab aus Droguengeschäften zu beziehen. Den Kontrakt mit den Apotheken aufzuheben, sei leider nicht angängig, jedoch soll die Kündigung zum 1. Januar schon jetzt erfolgen. Man wolle sich thätigst sofort dem Vorgehen der Central-Kommission anschließen. Herr Staller wendete sich gegen die irrige Annahme, daß in den Droguengeschäften die Arzneimittel in schlechter Qualität verabreicht werden. So könne er als Beweis dafür, wie unrichtig diese Annahme ist, nur darauf hinweisen, daß Herr Apotheker Ratlgraf, der Vorsitzende des Apothekervereins, gerade den gegenwärtigen Augenblick benutzte, um seine Präparate allen Droguengeschäften zu offerieren.

Wenn also derselbe Herr die Qualität der in Droguengeschäften feilgehaltenen Waren als eine minderwertige bezeichnet, so werfe das doch ein eigenartiges Licht auf seine eignen Fabrikate. Schlenker bedauerte, daß der Gewerkschaftsverein so langsam gearbeitet habe. Er hätte es lieber gesehen, wenn die Kassen

sofort mit den Apotheken gebrochen hätten, selbst auf die Gefahr, daß sie im Prozeß unterlegen wäre.

Zum Schluß wurde sodann auf Antrag des Herrn Dr. Friedberg beschlossen, daß dieselbe Kommission, welche die Anleitung zur Sparanthen-Arzteneinrichtung beraten habe, erucht werden soll, nunmehr über Vereinfachung des Schreibwesens für die Kasse in Beratung zu treten. Am 20. Mai findet eine Versammlung statt, in der u. a. Herr Dr. Pannewitz über die Erholungsstätte sprechen wird. Hierzu sollen die Kassenvorstände und Ärzte eingeladen werden.

Neue Chinafreiwillige.

Ein Blatt läßt sich aus Kiel melden: „Die Mannschaften verschiedener Truppenteile des neunten Armee-corps meldeten sich infolge einer Umfrage als Freiwillige für den chinesischen Feldzug und gehen demnächst nach China ab.“ Da wir zu Gunsten Waldersee annehmen wollen, daß die Freiwilligen nicht für den chinesischen Feldzug gebraucht werden sollen — der Feldzug ist doch wohl hoffentlich vorüber —, so ist es uns rätselhaft, wozu man die fortwährenden Nachschübe von Ablosungsmannschaften eigentlich gebraucht. Wie viele Mannschaften denkt Deutschland eigentlich dauernd in China zu belassen?

Ein neues Strafdikt.

Die „Times“ erfahren aus Shanghai vom 12. Mai: Am 4. d. M. ist ein kaiserliches Edikt erlassen, welches die Strafen auspricht, welche in Verbindung mit den Regelen in Tschukin anhängig sind. Der Gouverneur von Tscheliang Linshutang und der Taotai General Pao werden ihrer Aemter entsetzt, Jungtsching, der Schammeister der Provinz, wird zu lebenslänglicher Zwangsarbeit an den Poststraßen und der Hauptmann der Leibgarde Tschoufetes zum Tode durch Enthaupten verurteilt. Die milde Bestrafung der hohen Mandarinen sei durchaus keine angemessene Vergeltung für die brutale Hinmordung britischer Männer, Frauen und Kinder, und man sei in Shanghai empört darüber, daß die wirklich Schuldigen der Bestrafung entgehen.

Die koreanische Anleihe.

Das führende Blatt in Yokohama „Niji Shimpo“ fordert, Japan müsse von Anshand eine unzuverlässige Erklärung darüber erhalten, ob letzteres direkt oder indirekt bei der koreanischen Anleihe beteiligt sei. Sollte Anshand die Verantwortlichkeit ablehnen, weil die Geldgeber Privatpersonen seien, so sei, meint das Blatt, das zwischen Kobanoff und Yamagata hinsichtlich Koreas geschlossene Abkommen wertlos.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 13. Mai. (W. Z. V.) Das Abgeordnetenhaus verhandelte in heutiger Mittags-sitzung über die Notstandsanträge. Der Generalredner Dazynski be sprach die Arbeitslosigkeit in Krakan und Lemberg und griff scharfsten die Schlacht an, welcher er Verdrückung und Diebstahl vorwarf. Auf die Zwischenfrage: „Welche Namen nennen!“ führte er eine Reihe von Namen an, darunter den des Mitglieds des Polenklubs Bielowiehski. Ministerpräsident Dr. v. Körber legte die seitens der Regierung getroffenen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Galizien dar und widerlegte die Gerüchte, wonach zwischen ihm und dem Statthalter von Galizien eine Bestimmung obwalte. Nach weiteren Bemerkungen mehrerer Mitglieder des Polenklubs, darunter des Abgeordneten Bielowiehski, wurden die Notstandsanträge angenommen.

Die Enthaltungen Esterhazy's.

Brüssel, 13. Mai. (W. Z. V.) Die „Independance Belge“ veröffentlicht einen Brief Esterhazy's, worin dieser erklärt, die bis jetzt gemachten Enthaltungen über seine Vernehmung von dem französischen Generalkonsul in London seien richtig, diejenigen im Pariser „Siecle“ seien nicht der Wortlaut seiner Vernehmung. Aus der Fortsetzung der heutigen Enthaltungen in der „Independance Belge“ ist hervorzuheben, daß Esterhazy den General Boisdesse auf das Formelle beschuldigt, vor dem Kriegsgericht in Rennes die Unwahrheit gesagt zu haben, indem er damals erklärte, von den Beziehungen seiner untergebenen Offiziere mit Esterhazy nichts zu wissen; Boisdesse sei von allem unterrichtet gewesen, was sich zwischen Esterhazy und Paty de Clam und Soule zutragen habe.

Paris, 13. Mai. (W. Z. V.) Waldeck-Rousseau hat seit seiner Rückkehr aus Italien mehrmals in verschiedenen Ministern Unterredungen über die Enthaltungen in der „Independance Belge“ gehabt. Wie verlautet, dürften dieselben in absehbarer Zeit eine Ministerkrisis zur Folge haben, weil auch Waldeck-Rousseau und andre Minister des jetzigen Kabinetts von den Enthaltungen gewußt und trotzdem die Amnestievorlage eingebracht haben, daß sie also die Vertrauenspolitik wissentlich fortsetzten, um Boisdesse zu retten. Außerdem steht eine Interpellation von Seiten der Sozialisten in der Kammer bevor.

Die Heeresreform im englischen Unterhaus.

London, 23. Mai. (W. Z. V.) Kriegsminister Brodrick bringt eine Resolution ein, welche die Zustimmung des Hauses zu den militärischen Vorschlägen der Regierung, wie sie in dem Militärbudget enthalten sind, ausdrückt. Campbell-Bannerman bringt dagegen einen Antrag ein, in welchem erklärt wird, daß das Haus zwar Maßnahmen zur Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres zu unterstützen wünsche, aber zugleich der Meinung sei, daß die Vorschläge der Regierung in vieler Hinsicht den besonderen Bedürfnissen des Reichs und den stark angewachsenen Lasten, welche die Nation zu tragen hat, nicht angemessen sei, während sie deren militärische Stärke nicht wesentlich weitere. Campbell-Bannerman bemerkt dazu, die Unterhaltung von drei für den Dienst im Auslande bestimmten Armee-corps sei unnötig und politisch unerwünscht. Wenn England seine Pflichten über Gebühr erhöhe, so könnte dies die Politik des Lands in hohem Maße beeinflussen. Es könnten sich dadurch Englands Nachbarn herausgefordert fühlen und die ehregeigen und zu Angriffen geeigneten Elemente im englischen Volk dadurch zur Verfolgung ihrer Bestrebungen angefeuert werden.

Frankfurt a. M., 13. Mai. (W. Z. V.) Die „Freie Zig.“ meldet aus London: Der aus Südafrika zurückgekehrte General Hector Macdonald, Kommandeur der Hochländer-Brigade, sagte einem Vertreter der Presse, es sei überaus irrig, die Widerstandskraft der Boeren zu brechen, weil sie gelegentlich im stande sind, britische Convois wegzunehmen. Der eigentliche Krieg sei nahezu vorüber, aber das Ende des Guerillakriegs lasse sich noch nicht absehen.

London, 13. Mai. Lord Ritcher meldet aus Pretoria vom 12. Mai: Nach den Berichten der einzelnen Abteilungen sind seit der letzten Depesche 8 Boeren gefallen, 20 wurden verwundet, 132 gefangen genommen und 24 haben sich ergeben. Erbeutet wurden ein Maschinengewehr, 6400 Patronen, 150 Wagen und 870 Pferde.

Konstantinopel, 13. Mai. (W. Z. V.) Infolge der Aufhebung der Quarantäne an der bulgarisch-türkischen Grenze ist der regelmäßige Dienst der Konventionsschiffe von Konstantinopel über Bulgarien wieder aufgenommen worden.

New York, 13. Mai. (W. Z. V.) Der heute bekannt gewordene Kauf der Liverpooler Atlantiklinie durch die „Hamburg-Amerika-Linie“ erregt hier großes Aufsehen, da die Atlantiklinie die einzige Gesellschaft war, welche eine regelmäßige Dampfschiffsverbindung zwischen New York und den westindischen Häfen unter englischer Flagge unterhielt. Die „Hamburg-Amerika-Linie“ beabsichtigt, den Dienst durch Einstellung neuer Schiffe zu verbessern.

Reichstag.

65. Sitzung vom Montag, den 13. Mai 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Freiherr von Thielmann, Graf Posadowsky.

Zunächst wird in erster und zweiter Beratung die von mehreren Staaten zu Paris am 20. März 1888 geschlossene Uebereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ohne Debatte angenommen.

Desgleichen in dritter Beratung ein Antrag des Etat und die Novelle zum Flaggrecht der Kaufahrtschiffe.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz. Berichterstatter der Kommission ist der Abg. G. a. m. p. Die Kommission, die die Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz vorzubereiten hatte, hat folgende Bestimmung aufzunehmen beschlossen:

- 1. eine Einschränkung des Kontingents für die neu entstehenden Brennereien von 800 auf 500 Hektoliter.
2. Forterhöhung der Brennsteuer bis zum 30. September 1902 unter Erhöhung um 50 Prozent.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Am vorigen Donnerstag hatte der Seniorenlombent beschlossen, daß die Beratungen der Kommission noch nicht weit gehen können, man angesichts der bevorstehenden Vertagung das bisherige Branntweinsteuer-Gesetz einfach auf ein Jahr verlängern solle. Wir sind Gegner der Brennsteuer, waren aber lokal genug, von unserm prinzipiellen Standpunkt für den Augenblick abzusehen und diesem Vorschlag zuzustimmen. Wenn solche Besprechungen des Seniorenlombents überhaupt einen Sinn haben sollen, so ist die Voraussetzung dafür, daß solche vertrauliche Besprechungen von allen Parteien gehalten werden. Am Freitagmorgen aber sagte man uns in der Kommission plötzlich, was geht uns der Seniorenlombent an (Hört, hört, links), er ist nicht Mitglied dieser Kommission. Ich verstehe dann überhaupt nicht, weshalb die Herren Konserverativen sich an dem Seniorenlombent beteiligen. Es ist höchst bedauerlich, daß die Rücksichten auf die Sonderinteressen so stark überwiegen, daß man die Fährder der Gefahr aussetzt, das Vertrauen der übrigen Parteien zu verlieren und sich kurz nach solchen vertraulichen Besprechungen in geheimen Kontinenten zusammenzufinden, um die Kommission und den Reichstag geradezu zu überumpeln. Dadurch wird das Ansehen des Reichstags außerordentlich geschädigt. (Sehr richtig! links.) Wir halten an den Abmachungen, die im Seniorenlombent getroffen sind, fest und beantragen, das Gesetz auf ein Jahr zu verlängern. Gerade die Ziffer 1 steht mit dem Beschluß des Seniorenlombents im strikten Widerspruch. Dieser wollte ein Rotgesetz haben, hier aber ist ein Antrag aufgenommen worden, der dauernd in das Gesetz hinein-kommen soll. (Widerspruch rechts.) Wir sind auch sachlich gegen diese Bestimmung, die dahin geht, die größeren Betriebe einzuschließen zu Gunsten der kleinen. Einerseits wollen die Herren die Unterproduktion beseitigen und andererseits wünschen sie, daß im Interesse der Landwirtschaft der Brennereibetrieb noch mehr ausgedehnt werde; allerdings nur der Betrieb der kleinen Brennereien, dadurch wird natürlich Ueberproduktion und Sinken der Preise erzeugt. Ich bitte Sie dringend um Ablehnung des Kommissionsbeschlusses. (Weiß! links.)

Freiherr v. Wangenheim (L.):

Von einer Ueberumpelung des Reichstags kann nicht die Rede sein. Der Seniorenlombent war, als er seinen Beschluß faßte, sich über die Tragweite seines Beschlusses noch nicht klar. (Lachen links.) Um Sonderinteressen handelt es sich hier nicht, sondern um Maßregeln, welche dafür bestimmt sind, die landwirtschaftliche Kultur in einem großen Teile des Landes zu ermöglichen und der Maschinen-industrie ein neues Feld für den Abfall ihrer Produkte zu schaffen. Wir wollen die Produktionsbeschränkung nur in dem Sinne, daß wir wünschen, die Produktionsentwicklung, die wir natürlich erstreben, solle nicht sprunghaft, sondern geregelt vor sich gehen. Ueber Abmachungen des Seniorenlombents haben sich die Herren der Linken oft genug hinweggesetzt. Hier kommt es aber nicht auf den Beschluß des Seniorenlombents an, sondern darauf, daß ein Gesetz geschaffen wird, welches den Bedürfnissen des Landes entgegenkommt.

Abg. Bachnicke (fr. Sp.):

Der Seniorenlombent hat mit vollem Bewußtsein der Tragweite seines Beschlusses gehandelt. Herr v. Wangenheim hat es so dargestellt, als ob die neuen Bestimmungen zum Schutze der kleinen und mittleren Landwirte dienen sollen. Ich glaube, daß ganz andre Motive für die Herren maßgebend gewesen sind. Die Produktion soll eingeschränkt werden, damit die bestehenden Brennereien den Vorteil allein haben und neue daran nicht beteiligt werden. Das ist die ganze Tendenz des Gesetzes und deshalb ist es falsch, zu sagen, das Gesetz ist für die Landwirtschaft bestimmt. Es soll vielmehr den Interessen der jetzigen glücklichen Besitzer von Brennereien dienen. Die Herabsetzung des Kontingents wird uns ja nach den Beschlüssen der Kommission nicht in demselben Maße zugunsten werden wie nach der Vorlage, aber auch der abgelehnte Vorschlag ist für uns unannehmbar. Wir sind nicht in der Lage, für Artikel I, Absatz 1 und 2 zu stimmen mit Rücksicht auf eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung.

Abg. Wurm (Soz.):

Herr v. Wangenheim hat es so dargestellt, als ob diejenigen, die gegen den Vorschlag der Kommission stimmen, für die Begünstigung der Großproduktion eintreten, während er sich als Vertreter der kleineren Brennereien aufgespielt hat. Aber der wahre Grund der neuen Bestimmungen ist mir, daß die Großbrennereien den Verdienst nicht teilen wollen, sie wollen sich die lästige Konkurrenz vom Hals halten. Da die Herren aber wissen, daß sie beim Centrum keine Unterstützung finden würden, wenn sie die mittleren und kleineren Brennereien zurückdrängen, so hängen sie ihrem Vorgehen das Mantelchen um, daß es sich gegen die großen Brennereien richtet.

Herr v. Wangenheim sagte weiter, wenn die Einschränkung des Kontingents nicht eintrete, dann würden die neu entstehenden Brennereien begünstigt sein gegenüber den alten, denn auch diese müßten sich ja die Einschränkung gefallen lassen. Das Kontingent der alten Brennereien ist um 7 bis 8 Proz. eingeschränkt worden; wenn aber, wie die Kommission vorschlägt, das Kontingent von 80 000 auf 50 000 Liter verringert wird, so bedeutet das eine Einschränkung von circa 40 Proz., die den alten Brennereien auf Kosten der neuen zu gute kommen. So gut können wir allerdings nicht rechnen, das ist eine agrarische Kunst. (Heiterkeit.) Der Gedanke der Kommissionsbeschlüsse ist einfach der, daß die alten Brennereien neue nicht aufnehmen lassen wollen. Die Ueberproduktion von Startoffeln drückt ja allerdings auf die Preise von Branntwein, aber durch die Liebesgaben der Brennsteuer und des Kontingents ist die Branntweinbrennerei ein so glänzendes Geschäft geworden, daß die jetzigen Inhaber von Brennereien fürchten, es möchten neue hinzukommen und ihnen das Geschäft verderben. Die ganze Tendenz der Kommissionsbeschlüsse geht darauf hinaus, künstlich das Angebot zu verringern auf Kosten derer, die da kommen wollen. Die neuen Brennereien sollen unterdrückt werden, es, gegen diese für die Spiritusbrennerei Ostpreußens zugeschnittene Gesetzgebung Protest zu erheben. Wir wollen es verhindern, daß die bestehenden großen Brennereien noch weiter begünstigt werden, deswegen erklären wir uns gegen den Beschluß der Kommission. (Bravo! b. d. Soz.)

Der preussische Landwirtschaftsminister v. Bobbieloff tritt den Saal.

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Es handelt sich hier nicht darum, die neueren Brennereien zu schädigen, sondern nur darum, die alten vor Schäden zu bewahren. (Lachen links.) Das ist ganz etwas anderes. Wir arbeiten doch nicht für die künftige Generation, sondern für die bestehende. Ich bitte Sie dringend um Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Abg. v. Komierowski (Pole) spricht sich für den Beschluß der Kommission aus.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Herr v. Wangenheim hat behauptet, daß der Seniorenlombent die Tragweite seines Beschlusses unterschätzt habe. Es haben aber an dem Beschluß große Brennereien mitgewirkt, die nicht weit von Herrn v. Wangenheim entfernt sind. (Heiterkeit.) Zum wenigsten hätten die Herren doch hier die Anregung geben sollen, daß der Seniorenlombent noch einmal berufen wird, und hätten nicht zwei Stunden nach dem gefassten Beschluß genau das Gegenteil beschließen dürfen. Abgesehen aber auch vom Seniorenlombent-Beschluß, wo ist es jemals vorgekommen, daß man sich über eine so schwierige Materie innerhalb 24 Stunden schlüssig gemacht hat? (Sehr richtig! links.) Die Bestimmungen in Ziffer 1 haben nur scheinbar eine zeitliche Begrenzung, in der That bedeuten sie, daß für die ganze folgende Kontingentierungsperiode bis 1908 die Beschränkung des Kontingents auf 50 000 Liter in Kraft bleibt. Herr Wurm hat mit Recht betont, daß es sich hier um die Erleichterung der Konkurrenz der neu entstehenden Brennereien handelt. Die ganze Bestimmung liegt im Interesse von 3-4000 Grundbesitzern im Osten. (Sehr richtig! links.) Herr v. Wangenheim sagte, wir wollen keine sprunghafte Vermehrung der Produktion, sondern nur eine vernünftige. Ganz genau so haben die alten Kunstmeister gesprochen, wenn neue Handwerksmeister auftraten. Wegen die Ausdehnung der Konkurrenz hatten sie gar nichts, sie wollten nur eine vernünftige Ausdehnung, d. h., soweit sie in ihrem Interesse lag. (Sehr richtig! links.)

Abg. Holz (Sp.):

Die Sache noch einmal vor den Seniorenlombent zu bringen, dazu war keine Zeit, denn die Sache war sehr eilig. Ich bedauere es auch sehr, daß ein Rotgesetz notwendig wurde, und nicht die Vorlage Gesetz wurde. Aber etwas mußte unbedingt im Interesse der Spiritusindustrie geschehen. (Lachen links.) Wir besanden uns in einer Kollage, von einer Mißachtung der Beschlüsse des Seniorenlombents kann keine Rede sein. — Die Vereinigung der Brenner, die Sie immer Ring nennen, geht darauf hinaus, daß die Produktion von Spiritus steigt. (Lachen links.) Die Mitglieder der Vereinigung bringen persönliche Opfer zu Gunsten des Ganzen. Ich bitte Sie, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen.

Abg. Lucke-Patershausen (B. d. V.):

Die Einschränkung der Fabriksteuer, die Herr Richter wünscht, würde den Ruin des gesamten leichten Bodens im Osten bedeuten. Der Widerspruch der Linken gegen die Kommissionsbeschlüsse entspringt nur ihrem Hass gegen die Landwirtschaft. (Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird Ziffer 1 nach der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freilinnigen und einigen Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die Beratung der Ziffer 2. Die Kommission hat beschlossen, die Brennsteuer bis 30. September 1902 um 50 Proz. zu erhöhen.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.) beantragt Streichung dieser Ziffer, d. h. Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

(Bei der herrschenden Unruhe sehr schwer verständlich) wendet sich entschieden gegen den Kommissionsbeschluß, der sehr übereilt, ohne Anhörung irgend welcher Sachverständiger gefaßt sei. Es soll nur dem Spiritusdring die Möglichkeit gegeben werden, weiter Weiztreiberei zu treiben. Die Gesetzgebung ist aber nicht dazu da, solche Syndikate zu halten.

Abg. Herr v. Wangenheim (L.) bittet demgegenüber um Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Abg. Wurm (Soz.):

Herr v. Wangenheim hat angedeutet, daß die Regierung sich bereit erklärt habe, im November ein neues Branntweinsteuer-Gesetz zu bringen. Dem gegenüber steht aber, daß in der Kommission seitens des Reichssekretärs erklärt ist, daß im nächsten Winter sowohl das Reichssekretariat als auch der Reichstag mit Arbeiten so überhäuft sein würden, daß — er nannte neben Jostarif auch neue Steuergesetze — nicht daran zu denken sei, daß ein neues Brennsteuergesetz vorgelegt werden könne. Da zeigt sich wieder einmal, wie mächtig der Einfluß der Agrarier auf die Gesetzgebungsmaschine ist. Das kann uns aber nicht hindern, auch dies Rotgesetz, das nur auf ein Jahr neue Lasten der Bevölkerung aufzulegen soll, zu bekämpfen. Herr Holz rief vorhin, als Herr Fischbeck sich gegen die Brennsteuer aussprach, die bezahlen wir ja selber. Nein, das ist durchaus nicht der Fall. Wenn die Brennsteuer von den Brennern bezahlt würde, dann ginge sie uns nichts an. Aber sie wird nicht von den Brennern bezahlt, sondern von den Konsumenten, und deshalb bekämpfen wir die Erhöhung, weil die 50 Proz. vom Publikum bezahlt werden müssen. Es ist eine Tatsache, daß durch die Brennsteuer sich die Lage des Brennereigewerbes bedeutend verbessert hat. Es ist ja das berühmte Märchen, mit dem man die Brennsteuer und den Spiritusdring überhaupt zu entschuldigen versucht, daß man sagt, die Brennsteuer habe dafür gesorgt, daß wir billigeren denaturierten Spiritus bekommen und das sei von Nutzen für das Volk. Es kann aber nicht angegeben werden, daß die Brennsteuer das zu Wege gebracht hat. Die Theorie sucht darauf, daß der Brennspiritus billiger geworden ist im Vergleich zum Trinkspritus. Der Durchschnittspreis für Brennspiritus betrug vor der Brennsteuer 25,5 M. für den Hektoliter, während er nach der Brennsteuer auf 20,5 M. gestiegen ist. Wir fürchten, daß der Spiritusdring, wenn er erst mit Hilfe der Erhöhung der Brennsteuer das Heft vollständig in die Hand bekommen hat, wenn erst alle noch außerhalb des Ringes stehenden Brenner hineingezogen sind, daß er denn ganz andre Preise für den Spiritus nehmen wird als heute. Sie möchten gern den Preis des Trinkspritus erhöhen. Aus allen Reden, die von den Agrariern hier im Hause gehalten werden, geht immer die Angst hervor, daß irgend ein landwirtschaftliches Produkt verbilligt werden könnte. Die Herren Agrarier halten es für ihr Recht, aus ihrem Grund und Boden die höchste Rente zu ziehen, während sie auf der anderen Seite andern das Recht nicht zugestehen wollen, den größten Nutzen aus ihrem Kapital zu ziehen. Der Spiritusdring wird es so machen wie alle andre Ringe und auf eine mögliche Erhöhung der Preise anstreben. Zum Vergnügen zahlen die Herren nicht zwei Millionen jährliche Verwaltungskosten. Sie erwarten, daß ihnen diese Fünf und Zinses-zins bringen. Die Erhöhung der Brennsteuer schadet gerade den kleinen Besitzern, den Bauern, denn diese brauchen für ihre Leute den Trinkspritus. Darum protestieren wir im Namen der gesamten Bevölkerung gegen die Erhöhung der Brennsteuer, die nur einigen Agrariern zu gute kommt, welche im Besitz von Brennereien sind. Im Interesse der Landwirtschaft — nicht der Agrarier — würde es liegen, wenn ungezählte kleine Brennereien entstehen könnten, damit die große Masse der Landwirtschaft einen Nutzen davon hat, und daß es den Grundbesitzern, die nicht in der Lage sind, sich eigne Brennereien zu bauen, gestattet ist, auf breiterer Grundlage ihre Produkte genossenschaftlich zu verwerten durch die Anlage von Genossenschaftsbrennereien. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der neue Herr Landwirtschaftsminister freilich scheint diese Ziele nicht verfolgen zu wollen, er hat in der Kommission den herrlichen Satz aufgestellt, daß schon deshalb die gewerblichen Brennereien bekämpft werden müßten, weil sie dem Boden nicht den Ertrag wiedergeben, der ihm entzogen werde. Wenn diese Theorie stichhaltig wäre, daß nur dasjenige landwirtschaftliche Gewerbe, welches dem Boden den Ertrag von mineralischen Nahrungsstoffen, die ihm entzogen werden, wiedergibt, ein richtiges ist, dann dürfte kein Centner Getreide von einem Gute weggeführt werden, dann dürften wir gar nichts verkaufen lassen und der Bauer dürfte nur ein Gut besitzen, wie es in der Idealvorstellung mancher Philanthropen vorherrscht, so daß er selber hinaustragen kann, was er hineingetragen hat, ungefähr wie es Goethe im zweiten Teile des „Faust“ schildert. Aber die moderne Entwicklung hat acht Pferde vorgespannt und sagt: wir können nicht so ängstlich an der Scholle kleben, daß wir der Scholle zuliegen müssen, was wir von ihr weggetragen haben. Wir leben doch — das müßte der neue Herr Landwirtschaftsminister, der frühere Herr Staatssekretär des Reichspostamts, doch am besten wissen — im Zeitalter des Verkehrs (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), auch des Verkehrs der Dungsstoffe, die dem Acker zugeführt werden müssen. Ja, sollte die Anschauung des Herrn v. Bobbieloff in der Kommission für den neuen Entwurf des Branntweinsteuer-Gesetzes maßgebend werden, dann werden wir eine interessante Gesetzgebung bekommen, die nur auf Ostpreußen und anliegende Ostprovinzen zugeschnitten ist, und dann kann sich das deutsche Volk gratulieren zu dem neuen Geist, der einmal wieder in die Landwirtschaft eingezogen ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Das ganze Branntweinsteuer-Gesetz ist dadurch zu stande gekommen, daß der Staat seiner Zeit 100 Millionen Geld brauchte und daß der Branntwein als tragfähiges Objekt betrachtet wurde. Dabei war ein Schutz für die landwirtschaftlichen Brennereien notwendig, den man hier wieder als Liebesgabe bezeichnet. Ebenso könnte man aber die Einkommensteuer eine Liebesgabe für diejenigen Einwohner nennen, die weniger Steuern zahlen als die andern. — Es liegt ein hohes volkswirtschaftliches Interesse dafür vor, die Fabrikation des denaturierten Spiritus möglichst zu befördern, denn dadurch wird eine Sicherheit gegen eine Preissteigerung des Petroleums und der Kohlen geschaffen. Um diese Fabrikation zu begünstigen, dient die Erhöhung der Brennsteuer, und ich bitte Sie daher, dem Beschlusse der Kommission zuzustimmen.

Abg. Dr. Bachnicke (fr. Sp.):

Bezeichnet die plötzliche Erhöhung der Brennsteuer als ein gewagtes Experiment. Auf die Brennsteuer allein ist der verwehrtete Verbrauch des zu gewerblichen Zwecken verwendeten Spiritus nicht zurückzuführen, sondern doch mit auf die Entwicklung der Technik. Redner schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Fischbeck über die Unbilligkeit der Brennsteuer an und weist auf den Spiritusdring hin, der der Urheber der vorgeschlagenen Erhöhung der Brennsteuer sei. Die Annahme der Kommissionsbeschlüsse wäre ja sehr bedauerlich, aber das eine Gute hätten sie, daß wir damit die sehr viel schämmere Regierungsvorlage los werden. Wir hoffen, daß der Artikel II der Vorlage mit dem Denaturierungszwang nicht mehr im Reichstag erscheinen wird.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Fischbeck über gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, den freisinnigen Gruppen, eines größeren Teils der Nationalliberalen, der Welfen und weniger Centrumsgesetzten abgelehnt und der Kommissionsvorschlag angenommen.

Artikel II der Regierungsvorlage (Denaturierungszwang) wird einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit links.)

Einleitung und Ueberchrift des Gesetzes werden genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gewerbegerichts-Entwurfs. Abg. Hegelmaier (Sp.) gibt in der Generaldiskussion namens seiner Parteigruppe die Erklärung ab, daß diese gegen das ganze Gesetz stimmen werden. In den neuen Beschlüssen zweiter Lesung erblickt er eine Gefahr für die ganze Institution der Gewerbegerichte. Die Sozialdemokratie spreche immer von Klassenjustiz. Er könne sich aber keine schämmere Klassenjustiz denken, als wenn die Weisiger eines Gerichts nach politischen Gesichtspunkten gewählt würden. (Lachen links.)

Damit schließt die Generaldiskussion; es folgt die Specialdiskussion.

Bei § 1a, der vorsieht, daß für jede Stadt mit mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden muß, gibt Abg. Trimborn (L.) die Erklärung ab, daß nicht in jeder Stadt mit mehr als 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden muß, sondern nur für jede Stadt, so daß also, wenn in zwei nahegelegenen Städten bereits ein gemeinschaftliches Gewerbegericht besteht, nicht in jeder Stadt ein neues Gewerbegericht errichtet werden braucht.

§ 1a wird hierauf debattelos genehmigt, ebenso die §§ 2 bis 62b.

Im § 62c wird auf Antrag Trimborn folgender Zusatz angefügt:

„Eine Vertretung beteiligter Personen durch deren allgemeinen Stellvertreter, Prokuristen oder Betriebsleiter ist zulässig.“

§ 62c wird mit diesem Zusatz angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt. Da niemand widerspricht, nimmt der Präsident die Gesamtabstimmung vor.

In dieser wird die Vorlage gegen die Stimmen der Reichspartei und eines Teils der Konserverativen angenommen.

Präsident Graf Vasseström:

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstagvormittag 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung: Petitionen; Rechnungssachen; Pariser Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums; Handelsprovisorium mit England; Branntweinsteuer-Novelle; Wahlprüfung des Abg. Holz.

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung):

Ramens meiner Freunde erhebe ich gemäß § 21 der Geschäftsordnung Widerspruch dagegen, daß die dritte Beratung des Branntweinsteuer-Gesetzes morgen auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Präsident Graf Vasseström:

Herr Abg. Singer widerspricht der Tagesordnung in einem Punkte auf Grund einer Bestimmung der Geschäftsordnung. Infolgedessen mache ich Ihnen den Vorschlag, die nächste Sitzung abzuhalten übermorgen, Mittwoch, den 15. Mai, vormittags 9 Uhr, mit der von mir verlesenen Tagesordnung.

Abg. Waffermann (natl.):

Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, den Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Holz nicht auf die Tagesordnung setzen zu wollen. Der Bericht ist erst Sonnabend in meine Hände gekommen und ist sehr umfangreich, so daß eine genaue Prüfung desselben noch nicht möglich war.

Präsident Graf Vasseström:

Ich hielt es für meine Pflicht, vor unserm Auseinandergehen dem Hause Gelegenheit zu geben, sich über diese Wahl schlüssig zu machen.

Abg. Gröber (L.):

Ich würde dem Vorschlag des Herrn Abg. Waffermann keinen Widerspruch entgegenzusetzen, wenn die Wahlprüfung auf morgen angelegt würde. So aber haben wir ja einen vollen Tag zur Prüfung des Berichts, und ich möchte den Herrn Präsidenten doch bitten, es bei seinem ersten Vorschlag zu belassen. Es ist sehr wünschenswert.

daß Wahlprüfungen, besonders solche, bei denen es sich um Kassation handelt, sobald wie möglich erledigt werden.

Abg. Vasserman (nat.):

Ich kam nur auf meinem Antrage beharren. In der ganzen Ansbearbeitung des Wahlprüfungsberichts hat der eingereichte Gegenbericht überhaupt keinerlei Beachtung gefunden. Es muß ein Gegenbericht gegeben werden, diesen sehr umfangreichen Gegenbericht auch zur Diskussion zu stellen. Die Debatte würde mehrere Stunden in Anspruch nehmen. Bisher ist immer mindestens eine Woche zur Prüfung solcher Berichte Zeit gegeben worden. Ich hoffe, da es der Billigkeit entspricht, daß Sie meinem Antrag stattgeben werden.

Abg. Gröber (C.):

Ueber diese Wahl ist bereits früher hier Bericht erstattet worden. Es hätte also das weitere Material längst beigebracht werden können.

Präsident Graf Vassekrem:

Ich will Ihnen nun einen Vorschlag machen, der vielleicht allseitige Billigung findet: Ich schlage Ihnen vor, morgen eine Sitzung zu halten und dann die Wahlprüfung vorzunehmen. (Widerspruch rechts.)

Abg. Vasserman (nat.):

Ich wäre damit einverstanden, wenn morgen sämtliche Gegenstände mit Ausnahme der Branntweinsteuer-Rovelle und der Wahlprüfung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Präsident Graf Vassekrem:

Ich schlage Ihnen also vor, die nächste Sitzung zu halten: Dienstag, den 14., nachmittags 1 Uhr, und als Tagesordnung die genannten Gegenstände mit Ausnahme des Branntweinsteuergesetzes inkl. der Wahlprüfung.

Abg. v. Kardorff (Mp.)

bittet den Herrn Präsidenten, bei seinem ersten Vorschlage, erst übermorgen Sitzung zu halten, stehen zu bleiben.

Der Vorschlag, morgen eine Sitzung zu halten und die Wahlprüfung zu diskutieren, wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt; ebenso findet der Vorschlag keine Mehrheit, am Mittwoch die Wahlprüfung noch mit zu diskutieren. Es bleibt also bei der zuerst vom Präsidenten für Mittwoch 9 Uhr vormittags festgesetzten Tagesordnung mit der Branntweinsteuer-Rovelle und ohne die Wahlprüfung. Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag für Schlesien, der am Sonntag, den 12. d. M., im neuen Gewerkschaftshaus zu Breslau tagte, war von den 23 schlesischen Wahlkreisen von 20 mit 40 Delegierten besetzt. Außerdem nahmen die fünf Mitglieder der Agitationskommission für Schlesien und der Reichstags-Abgeordnete des Wahlkreises Breslau-Ost, Genosse Zugauer-Berlin, an den Verhandlungen teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloß der Parteitag, der Gottin des schwer erkrankten Vertreters für Breslau-West, Genossen Dr. Schoenlant, telegraphisch die Teilnahme der Vertreter der schlesischen Parteigenossen auszusprechen. Aus dem Bericht der Agitationskommission geht hervor, daß von den 23 schlesischen Wahlkreisen 19 eine politische Organisation mit etwa 3000 Mitgliedern hatten, während bei den Reichstags-Wahlen von 1898 in Schlesien rund 133 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Seit dem im Mai 1899 in Görtz tagenden Provinzialparteitag hat die Agitationskommission zur Verbreitung gebracht: 100 000 Flugblätter gegen die Zuchthausvorlage, 100 000 Agitationskalender, 120 000 Exemplare der Broschüre „Wie ein Arbeiter Sozialdemokrat wurde“ und 120 000 Exemplare der Broschüre „Gegen den Vorkämpfer“. Zahlreiche Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage, die Flottenvorlage und die Getreidezölle fanden im Laufe der beiden Jahre in der Provinz statt, außerdem sprach ein Mitglied der Reichstagsfraktion auf einer vom Berliner Parteivorstand arrangierten Agitationstour in 14 Versammlungen. Die Einnahmen und Ausgaben der Agitationskommission balancierten mit 3125,70 Mark, die organisatorische Tätigkeit der Kommission war während der Berichtszeit eine sehr geringe, da die Mitglieder, belastet mit Berufsgeschäften, nicht ihre ganze Kraft für diese wichtige Seite unserer Propaganda aufwenden konnten.

Den Antrag auf Anstellung eines besoldeten Parteisekretärs für die Provinz lehnte der Parteitag ab, da sich ein gangbarer Weg für die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel nicht fand. Dagegen wurde beschlossen, die Agitationskommission auch weiterhin bestehen zu lassen und zwar mit dem Sitz in Breslau. Zur Deckung der Agitationskosten werden von den einzelnen Wahlkreis-Organisationen 10 Proz. der Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen an die Kommission überwiesen. Die alljährliche Herausgabe eines gratis zu verteilenden Agitationskalenders wurde ebenfalls beschlossen. Der Parteitag soll wie bisher alle zwei Jahre einmal zusammentreten und haben die einzelnen Kreise nach der Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen einen bis drei Vertreter.

Bezüglich des Antrags Dr. Winter-Deutchen D. S., betr. Stellungnahme gegen eine Sonderorganisation der polnischen Sozialdemokraten in Preussisch-Polen beschloß der Parteitag Uebergang zur Tagesordnung, indem er der Ansicht Ausdruck gab, daß zur Erreichung der Ziele des Sozialismus die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vollständig ausreichend ist. Der Sozialismus ist nicht national, sondern international, es ist daher auch nicht angängig, innerhalb unseres Staatsgebietes besondere nationale Gruppen zu bilden. Das Recht, für die Unabhängigkeit seiner Nation zu kämpfen, soll auch dem Sozialdemokraten unbenommen bleiben. Der schlesische Parteitag erklärt den um ihre nationalen Rechte kämpfenden Polen wie allen unterdrückten Nationen seine vollste Sympathie, kann aber nicht dulden, daß diese Bestrebungen mit dem proletarisch-sozialistischen Klassenkampf vermischt werden.

Gegen die in Schlesien in höchster Blüte stehende Lokalabtreibererei wurde eine scharfe Resolution beschlossen, die unter anderem den planmäßig durchgeführten Vorkost der Saal-Ingaber fordert. Einstimmig angenommen wurde auch eine Resolution, welche sich entschieden gegen die moderne Weltmacht- und Eroberungspolitik und gegen die von den Agrariern angeführte volksfeindliche Zoll- und Handelspolitik Deutschlands erklärt.

In einer zahlreich besuchten Vorkostversammlung erstattete am Sonntagabend nach Schluß des Parteitags Genosse Franz Zugauer seinen Wählern Bericht über seine Tätigkeit im Reichstag. Einen derartigen Bericht konnten infolge des bisherigen Lokalmangels die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Breslaus seit mehr wie fünf Jahren ihren Wählern nicht geben.

Parteiliteratur. Die Buchhandlung Vorwärts in Berlin hat soeben eine neue Broschüre: **Frauenarbeit und Hauswirtschaft** von Lily Braun erscheinen lassen. Die Schrift behandelt eine unstrittene Frage, die bereits in einer Berliner Versammlung auch auf Widerpruch gestochen. Während Wibel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ die Frage erst in der künftigen Gesellschaft für spruchreif hält, sieht Lily Braun in den technischen und sozialen Fortschritten bereits heute die Möglichkeit der teilweisen Durchführung gegeben. Der Wert der Streifenarbeit ist dadurch erhöht, daß die Verfasserin den kulturhistorischen und sozialen Untergrund der ganzen Frage in den Kreis ihrer Betrachtung zieht: die Entwicklung der Hauswirtschaft, die Ausbreitung der Frauenarbeit und ihre Folgen, der Gegensatz der bürgerlichen Frauenarbeit zur proletarischen, die Frage der Privat- und Staatshilfe, die Wirtschaftsgenossenschaft und die Wirkungen der hauswirtschaftlichen Reform. Damit hat die Schrift einen Agitationswert erhalten, der über den Kreis der eigentlichen Streitfrage: der Wirtschaftsgenossenschaft, hinausragt und ihre allgemeine Verbreitung wünschenswert erscheinen läßt. Der Preis beträgt 30 Pf. im Buchhandel. Für Agitationszwecke ist eine billige Ausgabe zu 20 Pf. hergestellt.

Parteiliteratur zum Reichstag. Die Parteikonferenz des Kreises Rülheim-Duisburg, die am Sonntag in Rülheim tagte, beschäftigte sich auch mit der durch die Vernichtung des Abgeordneten Müller zum Handelsminister notwendigen Ersatzwahl. Sämtliche Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß die Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit größter Hoffnung in den Wahlkampf eintreten kann. Als Kandidat des Kreises für unire Partei ist, wie auch bei der vorigen Wahl, der Genosse Hengsbach-Köln aufgestellt.

In einem unserer Partei-Organen finden wir eine Reklameanzeige für das demnächst erscheinende Buch von Dr. Alfred Rössig, der sich noch vor Jahresfrist in einer unglaublich byzantinischen Broschüre für die Weltfriedensmission des deutschen Kaisers und des Socialismus“ zu beglücken gedenkt. Ueber den Geschmack des „Akademischen Verlags für sociale Wissenschaften“, der die von ihm gedruckte vielbändige Revision des Sozialismus mit lauten Lobeshymnen anklündigt, haben wir nicht zu reden. Wir aber haben die Verpflichtung, aufdringliche Wählerreflexionen, wie die hier vorliegende, in der „eine zeitgemäße Neugestaltung der sozialistischen Doktrin“, eine „wissenschaftliche Vertiefung und Positivierung des sogenannten Sozialismus“ dem Publikum angeboten wird, in der literarischen Rubrik unserer Parteipresse mit Vorbehalt zu behandeln. So wertvoll es ist, neue Erscheinungen aus dem Gebiete der sozialistischen Theorie gründlich zu besprechen, nachdem in ihr Inhalt bekannt geworden ist, so verfehlt und für die Parteigenossen irreführend ist es, Reklamenotizen der Buchhändler unbesiegt aufzunehmen.

Aus Mannheim wird unterm 9. Mai berichtet: In den Expeditionsräumen der „Vollstimme“ wurden nachts durch Einbrecher sämtliche Pulte gewaltsam geöffnet und Briefmarken, sowie der Inhalt einer kleinen Handtasche, etwa 200 M. gestohlen.

Gegen den Voererkrieg. Der Exekutivrat der „Sozialdemokratischen Föderation“ Englands nimmt abermals Gelegenheit, in einem Manifest gegen die Weiterführung des Kriegs in Südafrika energisch zu protestieren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Das östereichische Lumpentheater.** Der östereichische Parteigenosse Staret hatte den Ausdruck „Lumpentheater“ mit Bezug auf das Parlament gebraucht. Deswegen angeklagt, hatte er sich darauf berufen, daß er das Wort nur als ein Citat aus einer immensen Rede gebraucht habe. Er wurde trotzdem zu einer vierzehntägigen Arreststrafe verurteilt durch zwei Justiztage verurteilt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins.

Mit dem Ausruf, den die Berliner Lokalkommission in Nr. 110 des „Vorwärts“ veröffentlicht, können sich die Genossen des Kreises Zeltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg nicht einverstanden erklären. Wir müssen aufs schärfste dagegen protestieren, daß alle Lokale ohne Saal in den Vororten ohne weiteres für den Verkehr freigegeben werden. Der Kampf, den wir seit Jahrzehnten in den Vororten, namentlich auf dem Lande, gegen Polizei und Wirte führen, bedingt andre Maßnahmen als der Kampf in Berlin. Wir sind gezwungen, auch solche Wirte zu boykottieren, die zwar keine Säle, aber doch für politische und gewerkschaftliche Zusammenkünfte geeignete Zimmer zur Verfügung haben, sie uns aber entziehen. Thun wir das nicht, so legen wir in vielen Orten unseres Wahlkreises die Bewegung völlig lahm. Wir erinnern weiter an den Kampf, den wir augenblicklich in Tempelhof-Mariendorf führen. Der Gastwirt Gerth hat uns den Festbandklub hingeworfen, wir haben ihn aufgenommen und leben uns im Laufe des Kampfs genötigt, weitere vier kleine Wirte, die keinen Saal besitzen, infolge ihres brüskten Vorgehens gegen die Arbeiterklasse, zu boykottieren. Durch die Erklärung der Berliner Lokalkommission wird dieser Boykott ohne weiteres aufgehoben und uns der Sieg unmöglich gemacht. Daß das die Absicht der Berliner Genossen ist, können wir nicht glauben. In der Lokalfrage sind nur die Parteigenossen des betreffenden Kreises, die die örtlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen, maßgebend. Ebenjowenig wie die Genossen der Vorortkreise sich jemals erlauben haben, in die von den Berliner Genossen in der Lokalfrage für notwendig erachteten Maßnahmen hineinzureden, ebenso wenig können wir uns das von den Berlinern bieten lassen. Wir verlangen gleiches Recht für alle. In Fragen, die unsere vitalsten Interessen berühren, müssen unsere Forderungen und Wünsche berücksichtigt werden, nicht aber dürfen die Stärkeren einfach über die Köpfe der Schwächeren hinwegzureden. Wir haben die feste Zuversicht, daß die Berliner Genossen sich bei ihren Sonntagsausflügen Beschränkungen auferlegen, damit auch wir endlich zu Zuständen gelangen, wie sie im Interesse der Parteibewegung notwendig und der Partei würdig sind.

Der Vorstand des Central-Wahlvereins für Zeltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag früh 7 Uhr 20 Minuten, Görlitzer Bahn, Familien-Ansitz nach Grünau, Müggelberge. Treffpunkt: Teufelssee. Der Vorstand.

Zur Lokalfrage. In französisch-Buchholz haben die Parteigenossen, woran erinert sei, vor einiger Zeit in einer Versammlung eine Resolution folgenden Inhalts angenommen: Die Versammelten haben Kenntnis davon genommen, daß der Gastwirt Albert Jerosch, Chaussee 14, die Zusage der Hergabe seines Saals zur Abhaltung einer politischen Versammlung gegen die Getreidezoll-Erhöhung mit der Begründung zurückgezogen hat, daß er Gäste verlieren würde, wenn er sein Wort halte. Die Versammlung hält es hiernach für selbstverständlich, daß die Parteigenossen das Lokal des Herrn Jerosch strengstens meiden, auch in dem Falle, daß er weiter den „Vorwärts“ auslegen sollte. Die Lokalkommission.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden auf die heute abend stattfindende Versammlung hingewiesen. Vortrag von Schütte: „Die Todesstrafe“. Außerdem Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. — Gleichzeitig werden die Mitglieder zur Beteiligung an der Partei nach Rüdersdorf am Himmelsfahrtswege aufgefordert. (Näheres siehe Inserat.)

Sozialdemokratischer Wahlverein, Bezirk Pantow. Heute abend 8 1/2 Uhr: Vereinsversammlung bei Großkurz, Berlinerstr. 27. Wissenschaftlicher Vortrag des Genossen Walded Manasse.

Treptow-Baumschulenberg. Morgen abend 8 1/2 Uhr hält der Sozialdemokratische Wahlverein seine Monatsversammlung im Lokale des Herrn Richter, Marienhaler- und Ernststroßen-Gde ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Wie fördern wir das Klassenbewußtsein und die Kampfesfreudigkeit innerhalb unserer Partei? — Gäste haben Zutritt.

Aus der Frauenbewegung.

Für die Blumen- und Feder-Arbeiterinnen soll jetzt eine rege Agitation entfaltet werden, um eine Organisation für dieselben zu schaffen. Zur Einleitung wird am Mittwoch, den 15. d. M. abends eine Versammlung in den Arminienhallen stattfinden. Es sind in Deutschland ca. 19 000 Arbeiterinnen in Fabriken der Blumenbranche allein beschäftigt, dazu kommen noch etwa 20 000 Heimarbeiterrinnen. Blumen- und Federfabrikation ist Saisonarbeit; es haben diese Arbeiterinnen demnach mit den größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen; darum ist eine kräftige Organisation für diese Arbeiterkategorie dringend notwendig!

Organisation im Hausdienst war das Thema für die Versammlung der Dienstabteilungen und Dienstangestellten am 8. Mai. Der Referent Lehrer Wolf betonte den Nutzen der Organisationen

und prüfte, inwiefern dieselbe die dem Dienstverhältnis anhaftenden Schäden heilen könne. Es sind dies die unbeschränkte Arbeitszeit, die schlechte Unterkunft, die Gefinde-Ordnung, das Dienstbuch, die mangelnde Ausbildung. Da bei den besonderen Schwierigkeiten für diesen Stand ein Streik unmöglich ist, gilt ihm der gemäßigtere Verein als das Beste, um allmählich Verbesserungen einzuführen, zunächst Rechtschutz und Schlichtung der Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht. Auch die Pflege der Geselligkeit werde gute Erfolge zeitigen.

Die sehr lebhaft diskutierte, an welcher sich besonders Fräulein Sawitzki, Herr Weinhausen und Herr Konrad beteiligten, schweifte über das weite Gebiet vorhandener Mißstände. Die unbeschränkte Arbeitszeit wurde entschuldigt und getadelt, als Abhilfe bessere Ausbildung von Mädchen und Hausfrau vorgeschlagen. Die Möglichkeit eines Streiks wurde von Herrn Konrad theoretisch dargelegt, in humoristischer Form und ohne jede Beziehung auf die Gegenwart. Sehr bittere Worte fielen über das Elend der älteren Mädchen, welche im Dienst grau geworden, heimatlos und einsam mit den schwersten Arbeiten, den schlechtesten Diensten vorlieb nehmen müssen, weil die jungen Mädchen sich diese Zumutungen nicht mehr gefallen lassen, — immerhin ein Beweis für den Fortschritt auch in diesen Kreisen. Die Kündigung für die Sommermonate, die Reisezeit, welche häufig eine Dienende ohne jedes Verschulden für Wochen und Monate arbeitslos macht, wird von einer Dame auf die zu kurze Kündigungsfrist zurückgeführt. Sie brach eine Lanze für die vierteljährliche Kündigungsfrist, fand aber damit wenig Anklang.

Vor einiger Zeit machte ein trauriger Fall die Kunde durch die Zeitungen. Ein Mädchen, welches ihres weichen Fingers wegen eine dafür schädliche Arbeit verteilte, wurde schwer mißhandelt und ihr ärztliche Hilfe verweigert, wurde schwerer mißhandelt und ihr ärztliche Hilfe verweigert, obwohl der Finger, wie sich später zeigte, des ärztlichen Eingriffs dringend bedurfte. Der Verein hat zu der demnächst stattfindenden gerichtlichen Verhandlung dem Mädchen einen Rechtsanwalt gestellt, damit sie als Redenklägerin wenigstens Schadenersatz erhalte. Der besonders lebhaft gefaßt, mit dem diese Mitteilung entgegengenommen wurde, bewies ein schönes Gefühl genossenschaftlicher Brüderlichkeit.

Verein der Frauen und Mädchen Schönebergs. Mittwoch den 15. Mai: Mitgliederversammlung in Ost's Festsaal, Weininger- und Martin Lutherstr. Gde. Vortrag der Frau Lily Braun über „Frauenarbeit und Hauswirtschaft“. Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Zamariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Am Himmelsfahrtswege findet eine Partie mit Damen statt, nach Müggelheim (Große Krampe). Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr, Bahnhof Alexanderplatz, unten, Abfahrt daselbst 9 Uhr, Schloßstr. Bahnhof 9 1/2 Uhr, bis Friedrichshagen. Frühstück im Beesehof, dann nach Müggelheim usw. Um zahlreich Beteiligung wird gebeten.

Fensterputzer. Dienstag 9 Uhr: Versammlung des Vereins selbstständiger Fensterputzer bei Viehherr, Wallstr. 31/32.

Freier Diskussionsklub. Mittwoch, abends 1/9 Uhr, im Lokal von Bogt, Königgräberstraße 39: Diskussion über „Agrarische“ Wäse willkommen.

Marktpreise von Berlin am 11. Mai 1901

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue, D-Gr.		7 —	5 —
*) Weizen, gut D-Gr.	17,60	17,56	Kartoffeln, neue, D-Gr.	1,60	1,20
„ mittel	17,52	17,48	„ do., Band	1,80	1,40
„ gering	17,44	17,40	„ do., Band	1,60	1,20
*) Roggen, gut	14,70	14,67	Schweinefleisch	1,80	1,40
„ mittel	14,64	14,61	„ do.	1,60	1,20
„ gering	14,58	14,55	„ do.	1,60	1,20
*) Weizen, gut	16, —	15, —	Butter	2,60	2, —
„ mittel	14,90	14, —	„ Eier	3,60	2,60
„ gering	13,90	13, —	„ Käse	2,20	1,20
*) Hafer, gut	16,40	16,70	„ Kalle	2,80	1,20
„ mittel	16,60	16,90	„ Gerdre	2,60	1,20
„ gering	14,80	14,20	„ Fedre	2, —	1,20
*) Weizen, gut	7,32	6,82	„ Borste	1,60	0,80
„ mittel	8,10	5,90	„ Salere	2,80	1,20
„ gering	4, —	5, —	„ Weire	1,20	0,60
*) Weizen, gut	45, —	0, —	„ Rreibe	16, —	3, —
„ mittel	70, —	25, —			

*) ab Bahn. *) frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 13. Mai. Die ausländischen Getreidemärkte fanden heute fast ausnahmslos schwächere Preisbewegungen; die Ernteaussichten werden in den wichtigsten Produktionsländern nach wie vor als überaus günstig bezeichnet. Am hiesigen Markt war das Geschäft sehr klein, Preise weiter nachgebend, namentlich für Roggen, der aus Ausland reichlich und zu rentablen Preisen offeriert ist. Der Weizen gab im Vorkaufhandel durchschnitlich 1/2 M. nach, während Weizen bei weniger dringlichem Angebot 1 M. billiger zu haben war. Späterhin war auch dieser Artikel härter um Preise gedrückt. Weizen notierte 10 Pf. schlechter. Hafer und Mais waren unter dem Einfluß der Gesamtmenge gleichfalls schwächer. Weizen lag bei kleinem Handel ziemlich unverändert. Schluß für Getreide einen Schein fester, namentlich für Roggen. Spiritus gab 0,10 M. nach; 70er loco 44,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

C. W. Die ersten Anzeigen für Alters- und Invalidenversicherung gingen weder von Hirsch-Dunderlicher, noch von sozialdemokratischer Seite aus, vielmehr war schon vor Jahrzehnten von konservativer Seite eine Versicherung von Staatswegen vorgeschlagen worden. Die Gewerkschaftsbewegung vertrat damals die Meinung, daß die Arbeiter selbst das Versicherungswesen durchzuführen sollten. Als dann der Staat den Gedanken aufnahm, war es die Sozialdemokratie, die die Pläne der Regierungsvorlage bekämpfte und eine bessere Ausgestaltung des Gesetzes forderte.

Zs. Ringenetzfrage. Feingehacktes Granzeng unter das Futter mischen.

M. W. 1. In der Heimannschen Bibliothek, Alexandrinenstraße 28. 2. Teilweise in der hiesigen Bibliothek, Hohndorferstr. 32/33. 3. In vielen Gewerkschaftsbibliotheken.

R. 1901. 1a und b nein. 2 Am allgemeinen ja. — **G. W. 1.** 1. Rein: die Anwärter auf Unfallsrente müssen bei der Vererbung der Versicherung innerhalb 2 Jahren angemeldet werden. — **Paul G. Rein:** die betreffende Forderung verfährt, falls sie nach dem 31. Dezember 1899 entstanden ist, mit 2 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem sie erwachsen war. — **H. R. 479.** Rein: für Danzig ist nicht das halbsächsische Weis, sondern das altpreussische maßgebend. Danach kann eine Klage auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Heiratsversprechens erhoben werden. Klimente wären nur bis zum vollendeten vierzehnten Jahre in ihrem Falle zu zahlen; Verjährung liegt nicht vor. — **W. W. Rein:**

Z. 68. 1. Bei einem Einkommen von 1050-1200 M. beträgt die staatliche Einkommensteuer 9 M. Hierzu tritt ein Zuschlag als Gemeinde-Einkommensteuer. Wie hoch dieser Zuschlag ist, wird alljährlich von der Gemeindevertretung festgesetzt. In Schöneberg beträgt er wohl 100 Proz., also 9 M. Ingesamt wären demnach von Ihnen 18 M. Steuer zu zahlen. 2. Mit der Doppelversicherung gegen Krankheit verhält es sich folgendermaßen: Ein Krankentafel-Berufsgenossenschaftler kann niemals gleichzeitig zwei Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau-, Innungs- und Knappschaftskassen angehören. Sowie jemand zu einer Beschäftigung übergeht für welche eine Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau-, Innungs-, Knappschaftskasse besteht, wird er kraft Gesetzes Mitglied der seiner Beschäftigung entsprechenden Krankenkasse und verliert die Mitgliedschaft der Gemeinde-, Orts-, zc. Kasse, der er früher angehört hat, auch wenn er Beiträge weiterhin weiter zahlt. Wohl aber kann jemand einer Gemeinde-, Bau-, Orts-, zc. Krankenkasse und gleichzeitig einer oder mehreren Innungs- oder Fabrikkassen angehören. Solchen Doppelversicherern wird jedoch das Krankengeld der Orts-Krankenkasse lower gestrichelt, als dasselbe zusammen mit dem aus der Innungs- oder Fabrikkasse bezogenen Krankengeld den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns des Versicherten übersteigt. In dessen kann durch Statut der Orts-Krankenkasse bestimmt werden, daß solche Kürzung nicht stattfinden darf. Im Rechtsstatut kann auch die Verpflichtung der Krankenmitglieder ausgesprochen werden, andre Versicherungsvereine, auch denen ihnen ein Anspruch auf Krankentafelung zugeht, binnen einer Woche nach Eintritt in die Kasse und, wenn die Versicherungen später abgeschlossen werden, binnen einer Woche nach dem Rücktritt dem Ratzen vorhand anzuzeigen. 3. Die Reichskasse hat die Aufgabe, den Geldumlauf im Deutschen Reich zu regeln, die Zahlungsbedingungen zu erleichtern und für die Angharnung von Kapital zu sorgen. Sie übernimmt auch die Verwaltung und Verwahrung von Wertgegenständen. Der sogenannte Kriegsschatz ist im Juliandum zu Spandan, nicht in der Reichsbank aufbewahrt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 14. Mai.
Opernhaus. Die Waise. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Zwei Eisen im Feuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reines Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ein Volkseind. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lefling. Hachmann als Erzherzog. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. D' Parisier Reif. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Beontmend Chemänner. Vorher: Teccente. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Gastspiel des Schillerbauern-Theaters. Der Amerikaner. Anfang 8 Uhr.
Weisen. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Wunders Theater. Ueberdrell. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Mit Delgett. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Der Bräutigam vom Himmel. Anfang 8 Uhr.
Velle Alliance. Gastspiel der Schmarwälder. Barfüßler. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Delast. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringsämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterlokal) Abends 8 Uhr: Dr. Georg Wegener: „Zur Kriegszeit durch China“. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Dienstagabend 8 Uhr:
Dr. Georg Wegener „Zur Kriegszeit durch China“.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Friedrich-Strasse 165
* **Castans Panopticum** *
Entree 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Zoologischer Garten
Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark
von abends 7 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 1/2 Uhr:
Frau Luna
mit dem berühmten Luftballon **Grigolatis.**
Ferner:
10 hervorragende Spezialit.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
W. Noacks Theater.
Brunnenstr. 16.
Geschlossen.
Eröffnung der Sommer-Saison am 20. Mai (1. Pfingstfesttag):
Täglich Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwan in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan.
- Mittwochabend 8 Uhr: -
Gastspiel Ferdinand Bonn.
Die Jüdin von Toledo.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Gastspiel Ferdinand Bonn.
Der Kaufmann von Venedig.
Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr.
Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 633. Male:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sydne Jones. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** - Anfang 8 Uhr.

Sanssouci
Im Garten:
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
- Hoffmanns -
Nordd. Sänger.
Nach jeder Sotire:
Tanzkränzchen
Entree, auch Sonntags, 30 Pf., reinerterter Platz 50 Pf.
Ab Pfingsten täglich Sotire im Garten resp. Saal. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

Thalia-Theater
Ensemble-Gastspiel des Central-Theaters:
Die schöne Helena.
Helena: Fr. Marie Ottmann vom Theater an der Wien a. G. Paris: Herr Kaufhadt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Benefiz für R. Jürgas.
Der Bräutigam vom Himmel.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: 1. Gastspiel v. Rob. Wach. **Kean oder Genie und Leidenschaft.**

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Der grosse schattige Sommergarten ist eröffnet.
Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.
4 ausländische Kapellen.
Die Boeren.
Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété).
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Metropol-Theater
W., Schrenkstr. 55/57.
Das anerkannt beste **Mai-Spec.-Programm**
Berlins.
16 neue Nummern.
Anfang 8 Uhr.
Nachten überall gestattet.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolff, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Eine Hochzeit in de Müllerstraße.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Filzhüte für Herren
neueste Form, 1,50 und 2,00, hochfeine Qualität 2,50 und 3,00, extra feine 3,50-4,50 (15322)
Eingeliefert im Hut-Engros-Lager, Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr.
Cylinderhüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl.

Achtung! MAURER. Achtung!
Heute, Dienstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festhale, Kopenstraße 29:
Gr. General-Versammlung
aller zum Vertragsgebiet gehörigen Vereine und Zahlstellen des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
Die Handlungsweise der hiesigen Verbandsleitung, betreffend den Arbeitsvertrag für das Maurergewerbe und Stellungnahme dazu.
Zu dieser Versammlung haben alle Maurer Zutritt, die Gegner dieser Wochenschriften und des Vertrags sind, insbesondere sind alle Vereinskollegen verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. (129/12)

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Dienstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubell. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 243/19*
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
Avis! Auf diesseitigen Wunsch findet am Donnerstag, den 16. Mai (Himmelfahrt) eine **Fußpartie über Haselhorst-Saatzwinkel nach Tegel** statt. Treffpunkt früh 8 Uhr: Bahnhof Jungfernheide, Restaurant Bartsch. Treffpunkt in Saatzwinkel, Restaurant Meyer (Dampferstation). Dasselbe Treffpunkt für Nachzügler. Dann am See entlang nach Tegel. Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Cessantische Versammlung.
Am Freitag, den 17. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, findet in Grewolds Gesellschaftshaus in Charlottenburg, Berlinstraße Nr. 101, eine öffentliche, vom Vorstände der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs einberufene Versammlung mit folgender Tagesordnung statt:
1. Stellungnahme der Kassensmitglieder und Arbeitgeber zu dem Kassenstreit mit den Kassenbesitzern; Referent: Herr prakt. Arzt Dr. med. Kurt Freudenberg, Vertrauensarzt der Kontrollkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.
2. Diskussion;
wogu die Mitglieder und Arbeitgeber sämtlicher Orts-, Innungs- und Betriebs-Krankenkassen sowie der freien Einzelassen und sonstige Interessenten eingeladen werden.
Charlottenburg, den 13. Mai 1901.
Der Einberufer:
Wilhelm Sabor,
Vorsteher d. Allgem. Orts-Krankenk.

Achtung! Rixtdorf. Achtung!
Dienstag, 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festhale, Andreasstr. 21:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag über Naturheilverfahren. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
Der Vorstand.
Donnerstag, den 16. (Himmelfahrt): **Herrenpartie nach Bernau.** Abfahrt Stettiner Bahnhof 7,45 morgens, Gesundbrunnen 7,51. Frühstück in Bernau, „Elysium“. Für Nachzügler nur bis 10 Uhr im genannten Restaurant.
Eine gute Partie versprechend, ladet ergebenst ein
D. D.

Elektra,
S., Reanderstr. 4.
Am 3. Juni cr. beginnen **2 neue Abendkurse** für alle Zweige der Elektrotechnik. Theorie u. Laboratorium. Keine Vorkenntnisse. Zeugnis. Anmeldung schriftlich, Prospekt gratis.

Centralverband der Maurer Deutschlands
Zahlstelle I Berlin (Putzer).
Freitag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag. 2. Beschlußfassung über die weitere Haltung der Bezirke zum Streikfonds. 134/11
NB. Am Himmelfahrtstage findet eine **Fußpartie nach Schulzendorf-Geilgensee** statt. Abfahrt: Stettiner Bahnhof 7 Uhr 4 Min.; Abfahrt: Gesundbrunnen 7 Uhr 11 Min. nach Tegel. Mit der elektrischen Bahn: Oranienburgerstrasse - Tegel. Treffpunkt: Tegel-Bahnhof. Für Nachzügler: Schulzendorf.

Centralverband d. Maurer.
(Bezirk Norden.)
Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, in den „Veroluna-Sälen“, Schönhauser Allee 28:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Organisation. Referent Reichstagsabgeordneter **E. Rosenow.** 2. Verschiedenes.
Um rege Beteiligung ersucht
137/13
Die Verbandsleitung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Bureau: Engel-Nfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 15. Mai 1901:
Versammlung
der Heizungs-Rohrleger und Helfer
im Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über das Ergebnis der statistischen Erhebungen.
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Rixdorf.) 81/10
Am Donnerstag (Himmelfahrtstag) findet die geplante **Herrenpartie** nach Adlershof, Treffpunkt früh 7 Uhr bei Prell, Rosenstraße 24, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Chirurgische Branche.
Am Mittwoch, den 15. Mai, abends präcise 8 1/2 Uhr, bei Rümmer, Brunnenstraße 188:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Genossenschaftswesen“. Referentin Genossin Fanny Jule. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
115/1
Die Ortsverwaltung.

Schöneberg.
Socialdemokratischer Wahlverein.
Heute, Dienstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale des Christen Volks-, Weininger- und Martin Lutherstrassen-Ges.:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte: „Die Todesstrafe“. 2. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung. 3. Verbandsangelegenheiten. 16/7
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
Am Himmelfahrtstage **Partie nach Rüdersdorf.** Treffpunkt früh 6 Uhr am Schönberger Bahnhof. Abfahrt über Charlottenburg nach Grüner. Abfahrt Charlottenburg: 6 Uhr 48 Min.

Die Stellenlosigkeit im Handelsgewerbe.
Alle im Handelsgewerbe Beschäftigten sind zu dieser Versammlung eingeladen. (90/2)
Der Einberufer.
Socialdem. Wahlverein zu Rixdorf.
Mittwoch, den 15. Mai 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei Münzer, Knejschstraße 113:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim über: „Die Lebenshaltung als Kulturträger“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung. 4. Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Achtung! Verein der Former.
Himmelfahrtstag **Herrenpartie** nach Bernau. (Rebnitz-See.) 61/3
Abfahrt: Stettiner Bahnhof früh 7 Uhr 45 Min.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
J. K.: W. Friedrich, Schönleinstr. 22.

Musik-Instrumenten-Arbeiter.
Am Donnerstag, den 16. Mai (Himmelfahrtstag)
Urania-Vorstellung.
„Die Rheinreise von der Quelle bis zur Mündung“.
Billets sind noch zu haben beim Kaffeehaus Densel, Reichensbergerstr. 59, vorn III, und bei Grundmann, Raunowstr. 78. 141/12
Der Vorstand.

Achtung! Drechsler!
Die Kommission veranlaßt am Donnerstag, den 16. Mai (Himmelfahrtstag) eine Herrenpartie, zu der sämtliche Kollegen eingeladen werden; auch andere Verbandskollegen sind willkommen. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr für Norden: Alexanderplatz (an der Veroluna). Osten: Schleißer Bahnhof (Mödelstraße). Süd-Osten: Görlitzer Bahnhof. Für Nachzügler bis 10 Uhr in Grünau („Zur grünen Ede“), Köpenickerstr. 89. - Um pünktliche und rege Beteiligung ersucht
81/11
Die Kommission.

Fahrräder! Neue und gebrauchte sehr billig.
Memelerstr. 48a, Königsbergerstrasse.
Bequeme Teilzahlungen.
Carl Röper.

Rudolf Brodt's Gesellschaftshaus, Erkner,
hält sein großes Sommerlokal bereinigt und Ausflügeln bestens empfohlen. - Speisen und Getränke in bester Güte. (15142)*
R. Brodt.
Billige Hosen, Kinder-Anzüge jeder Art nur Pallasadenstr. 7.

Todes-Anzeige.
Allen politischen Parteigenossen die traurige Nachricht, daß unser Genosse
B. Nadolski
am 10. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, in Wilhelmsherg auf dem katholischen Kirchhof statt. 13098
Todes-Anzeige.
Am 12. Mai starb unser einziger geliebter Sohn
Wilhelm Bieske
im 17. Lebensjahre plötzlich am Scharlach. Die Beerdigung findet am Himmelfahrtstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Sions-gemeinde, Nieder-Schönhauser am 13. Mai 1901.
Die trauernden Hinterbliebenen
Karl Bieske, Parteiliefer, Kabanien-Allee 37. 13155

Gelegenheitskäufe!
Paletts, Anzüge, Hosen, Koffer, Sperrgläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Zeichnagel, Schirme, Stühle, Goldschalen, Uhren, Ketten, Ringe, Neujahrsgeste, Harmonikas, Geigen, Zithern usw. zu spotbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
131 Oranien-Strasse 131.
Stempel-Fabrik von 10610*
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142.
Ist erst kürzlich und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.
Jede Taschenuhr reinigt und Feder einl. 1,50 M. unt. Ob. Goldene Damenuhren 15-100 M. Gezeigten Silberne Uhren 5,50 M. Teilzahlung gestattet.
G. Paetzl, 1. Geschäft: Wallstraße 14, nahe Spittelmarkt. 2. Geschäft: Turmstraße 65.

VI. Abänderung des Statuts der Orts-Arbeitskassen der Gigarrenmacher, Gigarrenfortierer und deren gewerbliche Hilfsarbeiter zu Berlin.

Der § 29 Absatz 1 des VI. Nachtrags wird wie folgt abgeändert: Die Ratsbeiträge betragen 3,08 % des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tagelohns und zwar für die Mitglieder der 1. Klasse pro Woche 63 Pf., 2. Klasse 60, 3. Klasse 55, 4. Klasse 50, 5. Klasse 45.

Diese Statutenabänderung tritt am Montag nach erfolgter hinstimmiger Bekanntmachung in Kraft. Berlin, den 4. Januar 1901. Der Vorstand: Albert Köhler, Vorsitzender, W. Rohs, Schriftführer, G. Enechmig.

Damen-Mäntel. Reife, aussehend, aussehend, Jacketts, farbige u. idem, a 4,50, 6,00, 7,50, 9,00 usw.

Damen-Mantelfabrik en gros. Seydelstr. 2, 1 Tr., am Spittelmarkt. Abends bis 9 Uhr, Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Charlottenburg, Kantstr. 56. A. Kawiecki Schneidermeister, empfiehlt sein großes Stofflager zur Anfertigung von Herren-Garderoben nur nach Maß.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Wohlfahrts-Loose à Mk. 3.30. 16878 Geldgewinn ohne Abzug: 575,000 Mk. Die 2 ersten Hauptgewinne sind Mark: 100000, 50000.

Künstl. Zähne ohne Entfernung der Wurzel. Schmerzloses Zahnziehen. Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.

Charlottenburg! Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1. Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer.

Kinderwagen-Bazar „Baby“. 1. Invalidenstr. 100. 2. Oranienstr. 31. 3. Belle-Alliancestrasse 107, am Blücherplatz.

Marly-Schrot feinsten Kaffeegesetz. Gibt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack.

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge u. Paletots, eleg. Ausführung, auch nach Maß, geg. Kasse u. Teilzahlung. J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part., fein Baden.

Maschinen-Anzüge in allen Grössen. Anzug 8,00 und 5,50 Mk. Jacken 1,50 und 2,75 Mk. Hosen 1,50 und 2,75 Mk.

20. Ziehung 4. Klasse 204. Rgl. Preuss. Lotterie. 34 (500) 119 32 340 63 417 630 714 63 963 1045 74 104 326 355 796 882 (3000) 2033 63 (1000) 88 1000

Herrenpartie am Himmelfahrtstage nach Sportshaus zur großen Kramppe-Müggelheim W. Troppens. Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5.

21. Ziehung 5. Klasse 204. Rgl. Preuss. Lotterie. 261 63 300 118090 179 93 201 689 96 802 945 46 70 81 119295 857

Verkäufe. Restauration sofort veräußert. Papiergeschäft, gangbar, volkreiche Gebude, wegen anderer Unternehmung billig veräußert.

Fahrräder, Teilzahlung, coulant Bedingungen. Fahrradfabrik, Oranienstrasse 178. Landbesitzer! Sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz.

Patentanwalt Dammann, Oranienstrasse 57, Moritzplatz. Unsern lieben Freund, Kollegen und Kassentendanten Herrn Louis Heining.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anwerbestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bismarckstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Vom Weltmarkt.

Schiffahrt, Schiffsbau und Reederprofite.

In den beiden letzten Monaten haben verschiedene der großen deutschen Reedereien ihre Jahresabrechnungen für das vergangene Jahr veröffentlicht, und lohnt es sich aus diesem Anlaß, auf die allgemeine Lage der deutschen Schiffahrt und die erzielten Gewinne einen Blick zu werfen.

Der starke Aufschwung der deutschen Handelsflotte beginnt eigentlich erst mit dem Jahre 1890; vornehmlich aber findet seit 1895 im Anschluß an die im Jahre vorher einsetzende industrielle Prosperitätsperiode eine rasche Ausdehnung statt.

Table with 4 columns: Year, Anzahl, Brutto-Reg.-Tons, Netto-Reg.-Tons. Rows for years 1890-1900.

Table with 4 columns: Year, Anzahl, Brutto-Reg.-Tons, Netto-Reg.-Tons. Rows for years 1890-1900.

Es kommen demnach vom gesamten Netto-Raumgehalt

Table with 3 columns: Year, auf Dampfschiffe, auf Segelschiffe. Rows for years 1890-1900.

Die Zahlen zeigen eine fortschreitende Vermehrung der Dampfschiffe und Abnahme der Segelschiffe; allerdings letztere seit 1896 nicht mehr in demselben Maße wie früher.

Aber nicht nur eine stetige Vermehrung der Dampfschiffe, auch eine fortschreitende Vergrößerung ihres Raumgehalts findet statt. Von den am 1. Januar 1900 vorhandenen 1298 Dampfschiffen hatten:

Table with 3 columns: Anzahl, unter 1000, zwischen 1000-2000, 2000-3000, 3000-4000, 4000-5000, über 5000. Rows for ship counts.

Zu Anfang der neunziger Jahre befah die deutsche Handelsmarine nur erst einige wenige Schiffe über 5000 Tons.

Ueber die Zunahme der deutschen Kauffahrteiflotte im Jahre 1900, also ihrem Bestand am 1. Januar 1901, fehlen noch genaue statistische Nachrichten.

Der Vergleich der deutschen Kauffahrteiflotte im Jahre 1900 mit dem 1. Januar 1890, ergibt sich nach der Reichsstatistik folgende Zunahme:

Table with 4 columns: Year, Anzahl, Brutto-Reg.-Tons, Netto-Reg.-Tons. Rows for years 1890-1900.

Der starke Aufschwung der deutschen Handelsflotte beginnt eigentlich erst mit dem Jahre 1890; vornehmlich aber findet seit 1895 im Anschluß an die im Jahre vorher einsetzende industrielle Prosperitätsperiode eine rasche Ausdehnung statt.

Der Vergleich der deutschen Kauffahrteiflotte im Jahre 1900 mit dem 1. Januar 1890, ergibt sich nach der Reichsstatistik folgende Zunahme:

Table with 4 columns: Year, Anzahl, Brutto-Reg.-Tons, Netto-Reg.-Tons. Rows for years 1890-1900.

Herborragend beteiligt an dieser Zunahme sind natürlich die beiden größten Schiffskompanien nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt: die Hamburg-Amerika-Linie (Hamburg-Amerikanische Palettschiff-Actien-Gesellschaft) und der Bremer Norddeutsche Lloyd.

In anderer Hinsicht, was den Besitz großer Schiffe anbelangt, hat freilich England noch immer einen Vorsprung. Es besitzt nach der englischen Fachzeitschrift „Engineering“ zur Zeit 10, Deutschland nur 9 Handelsdampfer von über 12000 Brutto-Tons.

Beachtenswert ist die mächtige Konzentration, die, besonders seit einem Jahrzehnt, in der Reederei stattfindet, in England wie in Deutschland. Nicht nur haben die großen Schiffskompanien ihre älteren und kleineren Schiffe ab und lassen dafür große Riesenschiffe bauen, sie kaufen auch die kleineren Konkurrenzlinien auf.

Thatsächlich drängen denn auch die beiden deutschen Hauptgesellschaften ihre englischen Rivalen immer mehr in den Hintergrund, speziell im Postgeschäft, dem relativ rentabelsten. So wurden im letzten Jahre von europäischen Häfen nach New York besondert durch die beiden deutschen Hauptgesellschaften ihre englischen Rivalen immer mehr in den Hintergrund, speziell im Postgeschäft, dem relativ rentabelsten.

Table with 3 columns: Line, Passagiere, Post. Rows for various shipping lines.

Diese wachsende Konkurrenz der deutschen Linien ist natürlich den englischen Gesellschaften nicht weniger als unangenehm, und so meinte denn auch kürzlich die englische „Shipping Gazette“ und „Lloyd's List“:

Die beiden mächtigen deutschen Gesellschaften, die Hamburg-Amerika Linie und der Norddeutsche Lloyd haben eine derartige Höhe der Vollkommenheit erreicht und führen einen so scharfen Wettbetrieb mit den englischen Linien durch, daß die Thatsache sich längst nicht mehr leugnen läßt, daß in dieser Konkurrenz die deutschen Schiffahrtlinien die englischen von Jahr zu Jahr mehr und mehr zurückdrängen.

gänzlich umzudrehen, indem Güter für London zuerst nach deutschen Häfen gehen, um von dort nach der Themse gebracht zu werden.

Nicht in gleichem Maße ist im letzten Jahre der deutsche Schiffsbau fortgeschritten. Während er 1899 noch an zweiter Stelle stand, hat ihn im vergangenen Jahre der amerikanische überholt.

Table with 2 columns: Country, Brutto-Tons. Rows for Great Britain/Ireland, USA, Germany, France, Italy, Holland.

Zunehmend ist ein stetiges Vordringen Deutschlands auch auf dem Gebiet des Schiffbaues unverkennbar. Die meisten deutschen Werften haben in den letzten beiden Jahren ihren Betrieb bedeutend ausgedehnt; eine Thatsache, die in der Vermehrung der Aktienkapitalien und des Arbeiterpersonals deutlich zum Ausdruck gelangt.

Dabei ist der Ertrag der Werften in den letzten Jahren stetig gewachsen. Es zahlten zum Beispiel in 1899 und 1900 (für 1900 liegt erst ein Teil der Abrechnungen vor) trotz hoher Ueberweisungen an die Reservefonds und nicht minder beträchtlicher Abschreibungen:

Table with 3 columns: Ship Name, 1899, 1900. Rows for Stettiner Vulkan, Blohm u. Voß, Howaldt-Werke, Bremer Vulkan, Flensburger Schiffsbau, Klostader Reptum.

Kein schlechtes Resultat, das zur Genüge beweist, wie wenig auf die Klagen der Reederpresse über die unberechtigten steigenden Ansprüche der Arbeiter zu geben ist.

Auch die Reederbetriebe haben recht beträchtliche Gewinne erzielt, besonders im letzten Jahre, da die Transporte nach Südafrika und später nach China nicht nur einzelnen Reedereien Ertragsprostitute brachten, sondern auch die Konkurrenz auf dem Frachtenmarkt verminderten.

Table with 3 columns: Line, 1898, 1899, 1900. Rows for Hamburg-Amerika, Norddeutscher Lloyd, Dampfschiffahrtsges. Harpa, Südamerikan. Dampfschiff-Ges., Dampfschiffahrtsges. „Rosmos“, Ost-Afrika-Linie, Deutsch-Austral. Dampfschiff-Ges.

In Berücksichtigung zu ziehen ist bei Betrachtung dieser Dividendenlage, daß es bei den größeren deutschen Schiffskompanien geradezu zu einer Manie geworden ist, nur einen geringen Teil des Jahresgewinns als Dividende auszuschütten, den weitens größeren Teil aber zu Abschreibungen auf dem Schiffkonto, sowie zu übermäßigen Dotationen des Erneuerungsfonds, Reparaturen, Kessel-, Ausrüstungsfonds etc. zu verwenden.

Ganz richtig vom kapitalistischen Standpunkt aus. Wenn die Groß-Aktionäre sich vorerst mit geringen Dividenden begnügen wollen, um starke Reserven anzusammeln, ist das ihre Sache, hätte nur nicht das Verfohren einen Hafen. Jedemal aber, wenn die Seelente Schauerleute, Speicherarbeiter usw. eine Erhöhung ihres Lohns oder Abstellung schädlicher Betriebszufancen fordern, wird ihnen unter Hinweis auf die „niedrigen Dividenden“ entgegnet, ihre Forderungen könnten in Anbetracht der ungenügenden Geschäftslage nicht bewilligt werden.

Tokales.

Das weibliche Element unter den Obdachlosen.

Das städtische Obdach hat auch in der Abteilung für nächtlich Obdachlose im letzten Winter eine beträchtliche Steigerung der Frequenz gehabt. Männliche Obdachlose wurden in dieser Abteilung gezählt: in den Monaten Oktober bis März des Winters 1899/00 21 698, 27 444, 42 568, 55 154, 48 490, 43 486, zusammen 298 788, dagegen in denselben Monaten des Winters 1900/01 20 326, 30 609, 45 375, 67 474, 64 277, 57 335, zusammen 285 306.

Winter eine größere Zahl Frauen aus der Familienabteilung, in der sie zunächst untergebracht worden waren, teils wegen des hier eingetretenen Raummangetels, teils auch aus andern verwaltungsmäßigen Gründen hinterher der Abteilung für nächtlich Obdachlose überwiesen worden sind, jedoch mit der den nächtlich Obdachlosen sonst nicht gewährten Vergünstigung, sich nach wie vor den Tag über in der Anstalt aufhalten zu dürfen.

haben? Hat etwa die Wohnungsnot auch in der Richtung ihre unheilvollen Wirkungen gehabt, daß sie den alleinstehenden Frauen und Mädchen ebenso wie den Familien die Beschaffung einer Unterkunft erschwert hat? Thatsache ist, daß auch in den Anstalten des Asylvereins, der nur nächtlich Obdachlose aufnimmt, im letzten Jahre die Zahl der obdachlosen Frauen viel stärker zugenommen hat als die der Männer.

Aus der Konferenz zur Umgestaltung des Lehrplans der Berliner Gemeindefschule.

Wider alles Erwarten hat sich auch für den Gedanken, das Besondere des Religionsunterrichts merklich zu kürzen, eine Mehrheit in der Kommission gefunden. Nach den Beschlüssen der Kommission soll, entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung und in Anpassung an die betreffende Auffassungstufe des kindlichen Geistes, der Religionsunterricht in Zukunft mit dem am leichtesten fählichen Familiengeschichten des Alten Testaments beginnen, in der Oberstufe aber soll der Schwerpunkt in das Leben Jesu verlegt werden.

abgesehen worden; es soll nur die Reformationsgeschichte und die Geschichte des Urchristentums nach der Apostelgeschichte gelehrt werden. — Die Wünsche der Lehrplan-Kommission bedeuten ja bezüglich wenig gegenüber der Forderung, daß der Religionsunterricht schon zu dem bloßen Zweck einer Entlastung des Lehrplans völlig aus der Schule beseitigt und der Kirche überlassen werden soll (ganz abgesehen von den andern Gründen, aus denen das gefordert werden muß). Aber auch dieses Wenige, was die Kommission zu wünschen wagt, widerspricht so sehr den Grundgedanken, die für die Erteilung des Religionsunterrichts in der Volksschule bisher Geltung gehabt haben, daß wir an eine Erfüllung der Wünsche nicht zu glauben vermögen. Wir fürchten, daß gerade von der Reform des Religionsunterrichts nicht viel übrig bleiben wird, bis der Lehrplan-Entwurf alle Instanzen durchläuft und in endgültiger Fassung genehmigt wird. Dem Eifer, mit dem sich die Regierung an der Umgestaltung des Lehrplans der Berliner Gemeindefchule beteiligt, stehen wir überhaupt sehr skeptisch gegenüber.

Zum Apotheker-Bohott. Die von ärztlicher Seite berichtet wird, haben 25 Apothekenbesitzer ihre Bereitwilligkeit erklärt, behufs Gewährung des Rezepturabatts mit der Central-Kommission der Krankenanstalten Berlins in Verhandlungen zu treten.

Eröffnung der Berliner „Badeanstalt“. Die städtischen Fluss-Badeanstalten werden am Donnerstag früh 6 Uhr wieder eröffnet. Zur Verfügung stehen in diesem Sommer vorläufig 15 Anstalten. Das im Dezember 1898 durch Sturm zerstörte Frauenbad an der Lessing-Brücke soll erst jetzt wieder aufgebaut werden.

Die neue städtische Volks-Bade-Anstalt in der Bärwalderstraße wird am Mittwoch früh 6 Uhr in Benutzung genommen. Die Zahl der städtischen Volks-Bade-Anstalten steigt damit auf drei. Die erste und zweite in der Turnstraße und an der Schillingstraße wurden im November 1892 bezw. im Juni 1893 eröffnet. Die dritte und fünfte Anstalt gehen in der Dennewitzstraße und in der Oberbergerstraße der Vollenburg entgegen. Eine sechste Anstalt ist für den Wedding geplant.

Der öffentliche Fuhrpark Berlins hat in der Zeit vom 31. Dezember 1900 bis 31. März 1901 einen Rückgang um 81 Fuhrwerke erfahren, nämlich von 11 911 auf 11 830. Am meisten beteiligt sind bei diesem Rückgang die Droschken, deren Gesamtzahl von 8183 auf 8107 zurückging. Im einzelnen sank die Zahl der Droschken 1. Klasse von 6769 auf 6787, der Droschken mit Fahrpreis-Anzeiger von 6008 auf 5989, der 2. Klasse von 1262 auf 1218, die Zahl der Omnibusse von 671 auf 670, der Thortwagen von 178 auf 175, der Straßenbahnwagen von 2879 auf 2878.

Ein Hochkapler. Der Herzog Antonio von Siano, Markgraf von Sabino, der sich hier aufhielt, um sich auf dem schon lange nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Zeitungsanzeige eine Frau zu suchen, außerdem aber einen Privatsekretär, der zugleich sein Schatz und seine Güter verwalten sollte, ist in Charlottenburg verhaftet worden. Der „Herzog“, der dort in der Kleiststraße wohnte, versprach dem Privatsekretär und Verwalter ein Anfangsgehalt von 4000 M. und dazu noch Lantienem vom Ertrag der von ihm verwalteten Güter. Das klang gar nicht so übel, und man kann es einem Herrn A. nicht verdenken, daß er sich um diesen Posten bewarb. Auch das Verlangen des „Herzogs“, eine Bürgschaft von 10 000 M. zu stellen, erschien nicht unbillig, an dem die Uebnahme des Amtes hätte scheitern müssen. Nachdem der Herzog sich nach den Verhältnissen des Werbers sorgfältig erkundigt hatte, lud er ihn durch ein eigenhändiges Schreiben zu einer persönlichen Vorstellung ein. Daß seine Erkundigung nicht abstoßen würde, wußte der Bewerber, ohne sich selbst zu schmeicheln. Sein Einrud übertraf aber noch seine Erwartung. Der Herzog war die Liebenswürdigkeit selbst und legte auch nach kurzer Unterhaltung gleich den Vertrag zur Unterschrift vor. Der begann höchst feierlich: Wir Antonio, Herzog von Siano, Markgraf von Sabino, geruhe hiernit, den Privatsekretär zc. anzustellen. Daß der Vertrag gleich in Kraft treten sollte, war Herrn A. ganz recht; aber die Frage des Herzogs, ob er auch seine Bürgschaft gleich mitgedacht habe, machte ihn doch etwas ängstlich. Für den Herzog war aber die Unterlassung auch nicht weiter schlimm. Er brauchte keineswegs sofort die ganze Summe, nur 1000 M. hätte er gern auf ein paar Tage gehabt, bis sein Onkel, der mit ihm nach Berlin gekommen sei, von einem kleinen Ausflug zurückkehre. Tausend Mark war auch für Herrn A. eine Kleinigkeit, die wollte er, wie er zur Freude und Verhütung des Herzogs erklärte, gleich holen. Statt nach Hause ging er jedoch auf die nächste Wache, und die Revolverpolizei lud nun den Herzog Antonio zu einem Gang nach dem Dienstgebäude der Kriminalpolizei in der Kirchhofstraße 3 ein. Hier blieb er einstweilen, aber nicht als Herzog Antonio von Siano usw., sondern als Badewärter Antonio Fieger. Bei einer Durchsuchung der Wohnung Antonios, der noch im vergangenen Jahre im „Kaiser Friedrichsbad“ zu Charlottenburg als Wärter beschäftigt war, fand man eine bare Summe von 1 Mark 5 Pfg., einen Simulirung, eine Uhrzeit mit einem Schlüssel statt der Uhr und eine Menge Briefe. Es stellte sich nun auch heraus, daß der „Herzog“ schon ähnliche Gaunereien begangen hatte.

Mit einer Aufforderung, die bei den meisten Leuten Kopfschütteln erregen wird, ist der Pastor Czanzin an der Kagarethstraße seinen Konfirmandenschülern gekommen. Der Herr gab den Kindern in der letzten Stunde ein Flugblatt mit nach Hause, worin in gar beweglichen Worten die Kinder durch die Rämpfe in Sibirien und China bedrängten Berliner Mission gelehrt wird. An die Austeilung war die Bitte geknüpft, zur Unterstützung der Mission zur nächsten Stunde Geld mitzubringen. Von dieser Bitte werden, was der Pastor hätte bedenken sollen, die Eltern durchweg wenig erbaut sein. Es sei davon abgesehen, daß mit gleichem Recht dann auch unter den Schülern für andre Zwecke gesammelt werden könnte, so etwa zur Unterstützung ausländischer Arbeiter und anderer bedrängter Mitmenschen, deren Schicksal der Berliner Bevölkerung viel näher liegt, als das der Missionäre. An sich aber meinen wir, daß der überwiegenden Mehrheit der Einwohnerschaft kaum etwas unympathischer erscheint, als eine Erinnerung an das Wirken der Missionen, denen, soweit China in Betracht kommt, nicht ohne Grund ein gutes Teil Schuld an den furchtbaren Wirren der Gegenwart zugeschrieben wird, und von deren Mitgliedern im Ganzen man in westlichen Kreisen die Meinung hegt, daß sie sich daheim in körperlicher und geistiger Verhätigung weit nützlich machen könnten als unter Koffern und Chinesen und andern nach dem Christentum gar wenig verlangenden Völkern. Finden die Frommen für sich Behagen an einem Ding wie die „Heidenbekehrung“, nun gut, so mögen sie aus eigenen Mitteln dazu steuern, so viel sie wollen, und niemand wird sie in ihrer Freude stören. Aber umwändigen Kindern sollten sie am wenigsten mit solchen Sachen kommen.

Zur neuen Schlichtordnung hat der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine Stellung genommen. Er ermächtigte in seiner letzten Sitzung den Vorstand, mit den Behörden in Verbindung zu treten und dahin zu wirken, daß: 1. die beabsichtigte Schlichtordnung zunächst nicht erlassen werde; 2. erst nach Änderung einer von der Bundesversammlung zu wählenden Kommission von 11 Mitgliedern, die sich als Vertreter des Bundes mit den betreffenden Behörden in Verbindung setzen soll, die neue Schlichtordnung erlassen werde. — In derselben Sitzung beschloß der Bund: durch Eingabe bei dem Minister für öffentliche Arbeiten diesem das Ersuchen zu unterbreiten, die Bestimmungen des § 37 der Banpolizeordnung vom 15. August 1897 für den Stadtkreis Berlin für Keller- und Bodenräume, welche nach Maßgabe ihrer Zweckbestimmung einen vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bedingen, aufzuheben, sofern diese Räume den Anforderungen der Gesundheits- und Feuerpolizei entsprechend eingerichtet sind.

Photographierte Anwaltsakten. In dem jetzt in Potsdam schwebenden Prozesse wider Arendt und Genossen deponierte Rechtsanwalt Dr. Rosenstock, wie ein hiesiges Blatt meldet, als Zeuge: Nach Beendigung des Arendtprozesses in erster Instanz sah ich im Proakriter Anwaltszimmer Akten des Rechtsanwalts Solar Meyer liegen. Ich blätterte darin; es fielen mir einzelne Papiere auf, die auch in meinem Prozeß wider Arendt interessierten. Ich beauftragte kurzerhand meinen Bureauvorsteher, einen Photographen zu holen und ließ mehrere Seiten photographieren, um ein Beweisstück in Händen zu haben.

Ein Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag in der zweiten Verkaufsstelle des Konsumvereins Berlin-Nord, Chorinerstr. 46, verübt. Täuschliche Kassen im Laden sind erbrochen worden. Zum Glück war am Abend vorher jedoch von dem Kassierer das vereinnahmte Geld erhoben worden, so daß die Diebe sich mit etwa fünf Mark begnügen mußten. Außerdem stahlen sie Cigaretten und Wurst sowie das Fahrrad des Lagerhalters, das die Nummer 1989 trägt.

Der Geh. Baurat Orth ist Sonnabend im 73. Lebensjahre gestorben. Ihm verdankt Berlin in gewissem Sinne seine Stadtbahn, deren Sorentwürfe von ihm herrühren. Er kaufte den Götlicher Bahnhof und alle übrigen Hochbauten dieser Bahn, sowie die Centralwerkstätte in Witten. Aus dem Vererb des Prudenbauers ist an seine Entwürfe zu einer Brücke über die Donau zwischen Osen und Pest und über den Rhein bei Bonn zu erinnern.

Auf dem Wege zur Arbeit tödlich verunglückt ist gestern morgen die auf den Elektrizitätswerken in der Gartenstraße beschäftigt gewesene 22 Jahre alte Meta Schumann aus der Adorfstraße, deren Eltern in Danzig leben. Auf dem Wege zur Arbeit wollte das junge Mädchen um 7 Uhr an der Ecke des Gartenplatzes und der Gartenstraße nach der Turnstraße der Sebastianstraße gehen. Hierbei glitt sie von der Bordschwelle ab und fiel so unglücklich hin, daß sie unter die Pferde eines Vierwagens der Gregorhischen Brauerei geriet. Der Kutscher konnte die Tiere nicht mehr zum Stehen bringen, der schwere Wagen ging der Kerknerin über die Hände und die Brust. Sie gab bereits auf dem Wege nach dem Krankenhaus ihren Geist auf. Die Leiche wurde darauf mit der Droschke nach dem Schauhaus gebracht.

Beim Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist der 21jährige Arbeiter Otto Widdel aus der Provinzstraße 108 zu Reinickendorf. Der junge Mann wollte, um seine Eltern, die einen Jahrmarschstand auf dem Arlonaplatz haben, zu besuchen, vor seiner Thür auf einen Wagen der Linie Schönholz-Kreuzberg während der Fahrt aufspringen, glitt aus und geriet unter das Trittbrett des Anhängewagens. Er zog sich außer inneren Verletzungen einen Bruch des Schädels und zweier Rippen zu und mußte mit einem Ländchen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden. — Einen tödlichen Ausgang hat ein anderer Unfall genommen. Der 24 Jahre alte Tapezierer Alfred Wagners aus der Prinzenstraße 98, der kürzlich in der Bahnstraße mit seinem Zweirad fiel und unter einen Straßenbahnwagen geriet, ist jetzt im Krankenhaus an einer Blutvergiftung gestorben.

Brandstiftung scheint bei einem Brande vorzuliegen, der Sonntagabend 8 Uhr in dem Grünstromladen von Pischel in der Dorotheenstraße 5 zum Ausbruch kam. Die Feuerwehr konnte verschiedene Brandherde feststellen, doch ist eine Verhaftung irgend eines Verdächtigen bis jetzt nicht erfolgt. Fest steht, daß der Ladeninhaber noch kurz vorher in seiner hinter dem Laden befindlichen Stube war. Er führt den Brand auf einen Einbruch zurück und behauptet, daß ihm ein Sparfassenbuch, das in einer Kasse versteckt war, abhanden gekommen sei.

Einen großen Raubzug machten Einbrecher Sonntag nachmittags zwischen 8 und 9 Uhr, in dem Goldwaren- und Uhrengeschäft von Petermann in der Schönhauser Allee 188. Der Geschäftsinhaber ging mit seiner Familie um 3 Uhr aus. Als er um 9 Uhr zurückkehrte, fand er, daß inzwischen Wertachen im Betrag von 20 000 M. gestohlen worden waren. Die Einbrecher waren durch eine offene Thür in den Vorkeller des Hauses gelangt, erbrochen mehrere Kellertüren, kamen nach dem Keller, der unter den Petermannschen Kaminen liegt und drangen von hier in die Werkstatt und von da in den Laden ein, wo sie eine Menge goldne Herren- und Damenuhren, Brillantohrringe, Broschen, Armbänder usw. erbeuteten.

Unser Parteigenosse Reichstags-Abgeordneter Rosenow spricht heute abend 8 1/2 Uhr in einer bei Huggenhagen am Vorriehplatz stattfindenden Versammlung über die Stellungslage im Handelsgewerbe. Zahlreicher Besuch dieser Versammlung ist geboten.

Orgelkonzert. Mittwochmittag 12 Uhr spielt Herr Otto Dienst in der Marienkirche das vierte Orgelkonzert von Händel u. a. Fräulein Erdmann, Frau Jenny Raubold und andere Schillerinnen der Frau Dr. Gierke, Herr Direktor Buschmeuter und Herr Bruno Weidner werden mit. Der Eintritt ist frei.

Die neuesten Erwerbungen des Berliner Aquariums erstreckten sich in erster Linie auf die Abteilung der Reptilien. Von Kairo traf eine Sendung Eidechsen und Schlangen ein. Bemerkter der Bormähe und der ersten Wüste. Von den ersteren ist das hässlichste Tier ein Sand-Warna, dessen Größe, er erreicht eine Länge von 1 1/2 Meter, schon an ein Kröte erinnert und dessen grauweiße und braune Farbe den Steppen- und Wüstenbewohner verrät. Wegen des ihm eignen Rats, mit dem er sich ohne weiteres auch den Menschen zur Wehr setzt, und seiner Schwindigkeit wird der Waran von den Eingebornen sehr gefürchtet und auf Grund dieses Umstandes werden von den Schlangenbeschnürern und Kaulern, welche den feiner Röhre beraubten Waran bei ihren Vorbereitungen mit denagen, diesen Wüstenbewohner die großartigen Eigenschaften und Taten angeblüht. Es ist interessant, daß gleichzeitig ein australisches Familienglied im Aquarium anlangte. Er unterscheidet sich vom Wüstenwaran durch den sehr hart leuchtlich zusammengedrückten Schwanz, die langen Beine, kleinen Schuppen und wird deshalb zur Gattung der Wüstenwaran (Hydrosaurus) gestellt. Die Farbe ist ein dunkles Grüngrün mit gelblichen und weißen Zeichnungen. Das lästige Tier hat einen Käfig für sich.

Hundert Kilometer-Mennen in Friedenau. Erster Preis 2000 M. bar und eine Medaille im Werte von 500 M., zweiter Preis 1200 M., dritter Preis 800 M., vierter Preis 400 M. Das war aber noch nicht alles. Am Schluß der ersten Stunde erhielt von den sechs Fahrern für jeden zurückgelegten Kilometer der erste 16 M., der zweite 12 M., der dritte 10 M., der vierte 8, der fünfte 6 und der sechste 5 M. Die Resultate der ersten Stunde waren Didentmann 60,450 km, Vouhours 59,540 km, Tom Linton 58,500 km, Th. Robl 58,400 km, Geiny 58,250 km, Krause 51,780 km. — Das Endresultat: Vouhours in 1:44:54² Erster. Robl in 1:54:32² Zweiter. Linton in 1:55:04³ Dritter. Geiny in 1:57:23² Vierter.

Somit stand der erste Sieger nach Beendigung der fast zweistündigen Strapaze allein auf der Bahn rund 3500 M. ins Portemonnaie. Dennoch soll niemand die Steher der Klasse A., wie ja wohl der sportliche Rachausdruck für die Helden des Tages lautet, um ihre Reichtümer beneiden. Eine gefährliche Menschenquaderei ist und bleibt das Reinfahren, so viele Freunde es in allen Schichten der Bevölkerung auch hat. Das Rennen vom Sonntag lief trotz der großen Hitze verhältnismäßig glücklich ab und wurde von Fachleuten als das schönste gepriesen, das je erlebt worden, und doch, welche halbbrechende Ueberraschungen brachte es. Vom Beginn bis etwa zum 70. Kilometer hatte der Holländer Didentmann die Führung, die er im gleichmäßigen Maßen vor den fünf Konkurrenten sicher zu wahren wußte. Dann trat ein Unfall ein; seine beiden Schrittmacher kollerten mit ihrem Rotor in den Sand, glücklicherweise ohne Schaden zu nehmen. Didentmann entging mit schnellem Aus der drohenden Gefahr. Aber mit jeder Runde wurde er von diesem Moment an, mitter und beim 85. Kilometer mußte er, ein Anblick zum Erbarmen, von der Bahn abtreten. Der französische Vouhours bekam die Führung und behielt sie siegreich bis zum Schluß, während der Münchener Robl, der bisher recht schlecht gefahren hatte, zu letzten Taten ansetzte und seinen widerwilligen Rotoren zum Trost beim 65. Kilometer Zweiter wurde. Da riß die Kette seines Rades. Der Eng-

länder Linton hatte den Münchener um eine Runde überholt, als Robl auf dem neuen Rade abermals anholte und es zum Staunen der 12 000 Zuschauer wirklich zum zweiten Preis brachte. In welcher Verfassung mag sich am Schluß des Rennens der Körper der Fahrer befunden haben? Von einer Geistesverfassung war überhaupt wohl nicht zu reden.

Aus den Nachbarorten.

Nizdorf. Mit dem Projekt eines Nizdorfer Stichkanals hat sich der Magistrat neuerdings eingehend beschäftigt. Es besteht bekanntlich in Nizdorf schon lange die Absicht, einen schiffbaren Kanal nebst Uferstraßen in den Köllnischen und Nizdorfer Wiesen anzulegen. Der Magistrat will nunmehr bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragen, eine Reihe von Erklärungen der beteiligten Grundbesitzer zu genehmigen. Die Sandputation wird ermächtigt, nach erfolgter Einzahlung bezw. Sicherstellung der übernommenen Geldbeträge alle erforderlichen Anlagen auszuführen zu lassen, d. h. den schiffbaren Kanal nebst Zubehör und die Uferstraßen. Vor denjenigen Grundbesitzern, deren Besitz einen Geldbetrag nicht abgenommen haben, soll der Straßenbau in minderwertiger Art ausgeführt werden, sofern nicht infolge unzulässiger Uebnahme von Geldbeiträgen oder aus sonstigen Gründen von der Sandputation andre Festsetzungen getroffen werden. Die Stadtgemeinde übernimmt einen Kostenanteil von 600 000 Mark, welcher aus Anleihemitteln zu beschaffen ist.

Mit dem Bau einer neuen Gasanstalt erklärte sich der Magistrat im Einverständnis mit der Deputation für die städtischen Beleuchtungsanstalten ebenfalls einverstanden und genehmigte die Einstellung der Baukosten bis zu 2 Millionen Mark in die demnächst aufzunehmende Anleihe.

Der Kreis-Schulinspektor Anders wurde zum Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule gewählt. Die Gewährung von Freibädern in der Stolzenburgischen Badeanstalt an bedürftige Schulkinder soll diesen Sommer in derselben Weise wie in den Vorjahren stattfinden.

Aus Nizdorf. Eine Messerfescherei fand in der Nacht zum Montag in der Fallstraße statt. Drei Bekannte, die zuerst zusammen geteipelt hatten, gerieten auf der Straße beim Nachhausegehen in Wortwechsel, der dann mit einer blutigen Schlägerei endete. Hierbei erhielt der eine der Beteiligten, Arbeiter Karl Müller Hermannstr. 206 wohnhaft, 6 Messerwunden, so daß er schwer verletzt nach der Unfallstation gebracht werden mußte. Die beiden Messerfescher sind in Haft genommen worden. — Eine Diebstahlschande, welche seit längerer Zeit förmliche Vandalendiebstähle ausfuhrte, ist am Sonntag von der hiesigen Kriminalpolizei dingfest gemacht worden. — Der Tischlermeister Rudolf Reich, Prinz Handwerkerstraße 55 wohnhaft, wollte sein Geschäft verkaufen. Als Käufer meldeten sich am Sonnabendnachmittag zwei Männer, die Reich in den beiden Kaufhäusern per Droschke nach Nizdorf, Reich fuhr mit einer Berliner Schankwirtschaft kennen gelernt hatte. Reich fuhr mit dem beiden Kaufhäusern per Droschke nach Nizdorf. Untertwegs suchten die Begleiter des Reich, diesen zu fesseln, Reich bemerkte dies jedoch und hielt einen der Anbekannten, der ihm seine Taschenuhr gestohlen hatte, fest, und übergab ihn der Polizei, während der zweite Gauner entlosh. In dem Festgenommenen wurde ein vielfach vorbestrafter Drechsel Leon Zellwerowicz festgestellt. Inzwischen hatte sich der entkommene Gauner nach der Wohnung des R. begeben und der Frau R. erklärt, er sei Kriminalbeamter und wolle eine Durchsuchung vornehmen. Da der Schwindler sich aber nicht legitimieren konnte, wies ihm Frau R. die Thür. Unzufrieden hatte es der fessliche Kriminalbeamte auf einen Diebstahl abgesehen. Auch anderwärts soll sich der Gauner, der sich Hoppe nennt, als Polizeibeamter ausgegeben haben. Bisher ist es nicht gelungen, ihn zu fassen.

Aus Ober-Schneeweide schreibt man uns: Sonntagabend gegen 8 Uhr überfuhr ein Oreal, welcher im schnellsten Tempo in der Richtung nach Karlshorst raste, vor dem Hause Edisonstr. 1 ein achtjähriges Kind. Leider entkam das Fahrzeug, auf dem außer dem Fahrer ein Diener in grauer Vivree saß. Vielleicht weiß jemand aus dem Publikum über den Verbleib des Gefährts Auskunft zu geben. Solche wird im Restaurant Edisonstr. 5 erbeten.

In der Havel gesunken ist Sonnabendnachmittag ein Dampfboot der Vagenhofer Brauerei (Abteilung Spandau), welches mit Bier für die an der oberen Havel gelegenen Gastwirtschaften beladen war. Das Fahrzeug schlug um, weil vierzig auf eine Seite gerollt waren. Die Besatzung brachte sich in Sicherheit.

Ein erschütterndes Familiendrama hat sich in dem Dorfe Nieze bei Luchow in der Umark abgespielt. Der Hofbesitzer Eggers war, teilweise infolge seiner Reizung zum Trunk, in seiner Wirtschaft zurückgekommen. Als vor acht Wochen seine Frau starb, verlor er jeden Halt. Von seinen sechs Kindern waren deshalb fünf, darunter zwei von noch nicht 14 Jahren, teils außerhalb in Dienst, teils zu Verwandten gegangen. Nur des Vaters Liebbling, ein vierjähriges, hübsches, blondes Mädchen, war noch im Hause. Dies Kind hatte immer nach der Mutter verlangt, und in besonders ergreifender Weise sagte es vorgeraten: „Bader, ich will in'n Himmel zu Mutter“. Darauf meinte Eggers: „Nun, dann will'n wie beiden zu Mutter gehn“, und schnitt dem Kinde mit einem Messer den Hals durch, so daß es in seinen Armen verblutete. Dann wollte er sich selbst ins Leben bringen und durchschneit sich die Pulsadern. An der völligen Ausführung seines Vorhabens wurde er verhindert. Bei der Vernehmung zeigte er keine Reue über die Ermordung seines Kindes. Er habe die That aus Verzweiflung über den Jammer seiner Lieblingskinder vollbracht. Er befindet sich in Haft.

Charlottenburg. Nach den Wünschen des Vereins für Handel und Industrie in Charlottenburg wird der Güterbahnhof Westend in Charlottenburg-Westend umgenannt werden. Damit soll den berechtigten Wünschen Charlottenburger entsprochen werden, das seinen eigenen Güterbahnhof besitzt, der im Stationsverzeichnis namhaft gemacht ist. Infolge dieses Mangels sind die Charlottenburger Einwohner bisher genötigt gewesen, ihre Güter von den Berliner Bahnhöfen unter erheblicher Mehraufwendung von Zeit und Geld abrollen zu lassen.

Ein Opfer der Mariendorfer Missethat, die von dem Eigarrenfabrikanten Johannes Bobbe durch fünf Revolvergeschosse hingerichtete Ehefrau des Modellschneiders und Hauseigentümers Hem-Ling, wurde gestern, Montagnachmittag, um 3 Uhr auf dem Mariendorfer Gemeinde-Friedhofe zur letzten Ruhe bestattet. Obwohl man Tag und Stunde der Beerdigung nach Möglichkeit geheim gehalten hatte, so fanden sich doch gegen 300 Personen, meist aus Mariendorf selbst, auf dem Friedhof ein. Mit dem schwer geprüften Ehemann, der den durch einen Revolverstich verletzten Kopf noch im Verbande trägt, erschienen zwei Schwestern der Ermordeten aus Schildau und Schwiebus. Die Trauerfeier fand in der Friedhofshalle statt, in der der eigene Sarg aufgebahrt war. Die beiden ermordeten Knaben Emil und Werner Steger sind noch nicht beerdigt.

Witterungsübersicht vom 13. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Wind richtung	Wolkehäute	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Wind richtung	Wolkehäute	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zeinhende	772	SSW	3	wolkig	16	Saparanda	775	Stil	—	wolkig	8
Lamburg	771	Stil	—	wolkig	16	Petersburg	774	SSW	—	1 heiter	12
Berlin	770	Stil	2	heiter	16	Sort	772	Stil	—	3 heiter	12
Frankf./M.	767	NO	4	heiter	17	München	—	—	—	—	—
Wien	767	Stil	5	wolkig	13	Paris	768	Stil	—	3 bedeckt	15
Wien	769	Stil	1	wolkig	13						

Wetter-Vergnüge für Dienstag, den 14. Mai 1901.
Ein wenig kühler, vorwiegend heiter und trocken bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.